

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01

Nr.: **167**

Justizprüfungsamt?
 Ja — nein
 Falls ja: P — R — B — N
 Unterschrift:

Mitteilungen nach Nrn. Mi. Stra.
 Benötigt werden Abschriften von:

Staatsanwaltschaft

bei dem ~~Sandgericht~~ Berlin

Kammergericht

Ermittlungsfache

gegen **Weiffenbach,
 Wilhelm**

Bertheidiger:

RI

Vollmacht:

Bl.

wegen

Mordes

Fristen:		

Weggelegt 19 **1967**
 Aufzubewahren: — bis 19 **78**

— 19 abzulefernde Forschungsfache —

Geschichtlich wertvoll? — Ja — nein

1 Js ~~X~~ **4/66(RSHA)**

30 G5 **13/67**

Von der Vernichtung sind auszuschließen Bl.

Berlin, den..... 19.....

..... Justiz — ober — inspektor

Kostenmarken oder darauf bezügliche Vermerke Bl.

Vorschüsse (einschließlich der in Kostenmarken) Bl.

Kostenrechnungen Bl.

Gemäß der Kostenverfügung geprüft bis Bl.

am 19

..... Justiz — ober — inspektor

[illegible]

tr. 5, 9,
Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen
Ludwigsburg

Betrifft: Weiffenbach,

Wilhelm

geb. 3.11.05 in Kassel

beendet: _____ 19__

angefangen: _____ 19__

Zentrale Stelle der
Landesjustizverwaltungen

Ludwigsburg, den 29.10.65

110 AR

III -

Vfg.

1.) An Geschäftsstelle

2.) Als 110 AR _____/_____ eintragen.

3.) Überprüfung - sämtlicher - ~~der~~ - Unterlagen - in
Zentralkartei - Laufzettel -

4.) Wiedervorlage am 20.11.65 (auch wenn noch nicht
erledigt).

Abt. I Referat 110

Kennmerk.

11 Keine Karte.
21 Karte angelegt.
- 2. Nov. 1965

- M. 3 -

[Handwritten signature]

II - 3480/65,

Bayer. Staatsministerium der Justiz

8 MÜNCHEN 35, den 28. Oktober 1965
Justizpalast
Telefon 55971

An die
Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen

L u d w i g s b u r g



Betreff: Strafanzeige des Herrn Helmut A n d r e s in Halle
a.d.Saale, Hafenstraße 44, vom 12. Oktober 1965 gegen
den ehemaligen SS-Obersturmführer Wilhelm Weiffenbach
wegen NS-Straftaten

Mit 1 Beilage

In der Anlage übersende ich die vorbezeichnete Strafanzeige mit
der Bitte um weitere Veranlassung.

Abgabenachricht wurde erteilt.

I.A.

Kümpel
(K ü m p e l)
Regierungsdirektor

GOHRSMÜHLE

HALLE, 01.12.10.65

HELMUT FROBERG

HALLE/SAALE
HAFENSTR 44.

SPR. V. 8. / KO / 2110

Bayer. Staatsministerium
des Innern
empf. 20. OKT. 1965
Nr. 2-2553/19-31
Beil.

seit 1947 als SS Obersturmführer Wilhelm
P. Krippenbach Verbindungen einleitend
und weiterhin Taten dem.

Ich bitte Sie, wenn es Ihnen Ihre
weitere Mithilfe an der Verbindung
dieser Bestie.

Wenn Sie näher erfahren, teilen Sie
mir schnellstens alles mit.

Wenden Sie sich auch an die
genannte Adresse des Oberstaatsan-
waltes in Potsdam.

Betr. Verbindung
fürher Wilhelm
in Pommern, Heide
ermittelte mit. Sp. ...
von Staatssekretärin Ministerium Berlin
als Sonderbeauftragter, für den Bezirk
Potsdam - Babelsberg, zur Erfassung
Abstellung von Ostkriegsgefangenen, jüdischer
Bürger (Familien) mit deren Verbindung
zum Abtransport, in Verbindung mit
der polizeilichen Polizei, verantwortlich.
Ausgangspunkt seine Missionen waren
sein Amtssitz in Potsdam - Babelsberg
1941 übernahm er als SS Obersturmführer
den selben Auftrag, für die Bezirke Berlin -
Wilmerdorf d. Lehndorff. Bei der Bildung
des 20 Ostkriegsgefangenen am 21.9.1942 waren auch

mein Vater Salomon Pfeiffer geb. 23.5.1873 in
 Bromberg st. meine Stiefmutter Henri Pfeiffer
 geb. 23.5.73 in Bromberg st. Bei der Ein-
 mensstellung dieses Volkswandgortes war ich
 Mündelunge wie Weissenbach selbst zusammen
 mit Thürkens und Schläger, Kerkelstein
 auf Hütten, meine Eltern und andere
 jüdischen Bürgern vertrieben. Nach dem
 die Wohnung meiner Eltern frei war,
 zog er selbst, als dritter Inhabers seiner
 Aktionen, hier ein. Mündel des Kerkel-
 steins ist in meinem Besitz. Nach der
 Beschlagung des Tuschmanns verließ er Babelsberg
 und konnte noch bis zum 21.2.1947 in
 der Wohnung meiner Eltern wohnen. Auch
 hier wurde der Besitz der Juden zuteil
 und verstreut abgemietet, Berlin-Hilber-
 dorf, Krummstraße Nr. 2, noch unbekannt.
 Beim 30. Volkswandgort, mich von Herrn

organisiert, war mein Halbbruder Helmut
 Pfeiffer geb. 30.8.1905. Allenfalls sein
 Opfer, nach dem er vorher hatte versichert
 illegal Hüttenbau zu verlassen.
 Die Hütten Volkswandgorte von Herrn Thürk-
 geküht, gingen in das K. Z. Theresien-
 stadt. Alles was die jüdischen Bürger
 noch besaßen ging in sein Besitz.
 Die Unterlagen meiner Angehörigen mit
 Teil, sind in meinem Besitz.

Ich bedürfte hiermit den SS-Verstärkungs-
 führer Wilhelm Weissenbach geb. 3.11.1905
 in Kassel, der Mitgliedschaft von Herrn
 Moritz von Thürkenscheidten jüdischen
 Bürgern, sowie (Herrn Eigenheim) Beratung
 ihrer Eigentums.

Teile Ihnen mit, das auch der Vertriebsan-
 stalt, bei dem Landgericht-Potsdam
 7. AHFS - 294.48 - Staatsanw. Stalter

seit 1947 nach SS Überwachungsleiter Wilhelm
Pf. Weiffenbach Verbindungen einleiten
und weiterhin Taten tun.

Ich bitte Sie, wenn es, um Ihre
weitere Mitarbeit, um der Tatkraft
dieser Bestie.

Wenn Sie näher erfahren, teilen Sie
mir schnellstens alles mit.

Wenden Sie sich nicht an die
genannte Adresse des Oberstadtsam-
wattes in Potsdam.

HELMUT FROBE

Halle/Saale

HAFENSTR 44.



Betr. Tatkraft nach dem SS Überwachungs-
führer Wilhelm Weiffenbach, geb. 3.11.1905
in Pommern, Heide, als Führer, aller bisher
gemittelte mit. SS Überwachungsführer
von Staatsrat und Staatsminister Berlin
als Sonderbeauftragter, für den Bezirk
Potsdam - Babelsberg, zur Erfassung
Abstellung von Ostbrennzeugen, jüdischer
Bürger (Familien) und deren Verbindungen
unter Abtransport, in Verbindung mit
der jüdischen Polizei, verantwortlich.
Ausgangspunkt seiner Missionen waren
sein Amtssitz in Potsdam - Babelsberg
1941 übernahm er als SS Überwachungsführer
den selben Auftrag, für die Bezirke Berlin -
Wilmerdorf, D. Lehndorf. Bei der Bildung
des 2. Ostbrennzeugen am 21.9.1942 waren auch

Zentrale Stelle der
Landesjustizverwaltungen
- Geschäftsstelle -

Ludwigsburg, den 2. 11. 65

Weiffenbach, Wilhelm, Ostf.
geb. 3. 11. 05

10 AR 3290/1965

betr.:

L a u f z e t t e l

Erkenntnisse:

- 1) Zentralkartei: Karte angel.
- 2) REP-Unterlagen Nürnberg: Keine
- 3) Int. Fahndungsliste (Stand Juni 1948): Keine
 - a) Familien- und Vorname:
 - b) C.R. File Number:
 - c) Geburtstag- und Ort:
 - d) weitere Erkenntnisse:
 - e) UNWCC Liste Serial Nr.:
 - f) Reason wanted:
 - g) wanted by:
- 4) SS-Liste, Stand 1945 (DC), s. auch 7 b) Keine
- 5) SS-Rangdienstlisten:
 - a) Stand 30. 1. 1944 bzw. 1. 10. 1944 (nur bis SS-Stubaf.) Keine
 - b) Stand 1. 7. 1944 (Waffen-SS) Keine
 - c) Stand 1. 12. 1937: Keine
 - d) Stand 1. 12. 1938: Keine
- 6) Reichsrangliste der Offiziere der Schupo und Gendarmerie: Keine
Rück, Just. An.
- 7) Sonderkommission des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg:
 - a) Kartei: negativ
 - b) SS-Liste, Stand 1945 (DC), soweit nicht bei Zentraler Stelle vorhanden:
Weiffenbach, Egon, geb. 31.3.21 in Eifenbach
Arbeits. seit 1.10.48, SS-# 496548, Part.# F160535

4/8 (Wille)

28.2.1966

110 AR 3290/65

Wilhelm Weiffenbach
Kassel
3.11.1905

SS-Obersturmführer

I.A.

(Büschgens)
Staatsanwalt

Benötigt werden Lichtbild und alle Unterlagen über Einsätze
im Kriege und Zugehörigkeit zu Einheiten.

Am 30. März 1966
28. Feb. 1966
gri

not

II - 3480/65,

Bayer. Staatsministerium der Justiz

8 MÜNCHEN 35, den 1. März 1966

Justizpalast

Telefon 55974

An die

Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen

L u d w i g s b u r g



10712 32 90/65
1 Aufl. &

Betreff: Strafanzeige des Herrn Helmut A n d r e s in Halle
a.d.Saale, Hafenstraße 44, vom 12. Oktober 1965 gegen den
ehemaligen SS-Obersturmführer Wilhelm Weiffenbach wegen
NS-Straftaten

Bezug: Mein Schreiben vom 28. Oktober 1965 - II - 3480/65 -

Mit 1 Beilage und
1 Briefumschlag

In der Anlage übersende ich eine weitere Eingabe des Anzeige-
erstatters vom 20. Februar 1966 mit dem Anheimgen der weiteren
Veranlassung.

Abgabenachricht wurde erteilt.

I.A.

(K ü m p e l)
Regierungsdirektor

II 3480/65

14.6 mit Tag Halle. d. 20.2.1966. 8

Bayer. Staatsministerium
der Justiz

Eing.: 24 FEB. 1966 Nr.

Akt. Conv. Bell. Abw.

1 Briefumschlag

An das

Bayer. Staatsministerium der Justiz

A7

Wiederum ich Ihnen mit meiner Mitteilung
eine Richtung der Tendenz, nach
Greiffenbusch, geben will.

Nach Auskunft aus dem Meldeamt
des Einwohnermeldeamtes, meldete sich
Greiffenbusch, am 21.2.47. zunächst von Berlin
Wilhelmstr. - Hermannstr. 2. nach Linde-
baumstr. ab.

Als Greiffenbusch, mit 8 Koffern verpackt
wurde (verpackt) sprach Frau, der Hausmutter
Frau Veltner an, nach wohin soll es dem
gehen, in die Heimat, nur die Antwort.
Frau Greiffenbusch am 3.11.05. in Kassel geboren
ist, heißt man nunmehr aus Linde-
baum zurückgekehrt ist, hier weiß niemand
was von seinem Verbleib in Berlin.

Dreimal schrieb ich das Einwohner-Meldeamt
von Kassel an und bat um die Adresse
der Familie Greiffenbusch. Das geschah natür-
lich unter dem Deckmantel, ein Verwandter
zu sein, trotzdem ich das Rückporto-
Briefmarkenmäßig ersetzte, bekam ich
keine Antwort vom Einwohnermeldeamt.
Ihren der Justiz mußte über das Einwohnermeldeamt
Antwort geben. Wiederum

465/7

streicht das Linienkreuzmittel von Kassel.
Bitte nach Tundung in dieser Richtung
von Hosen, mit Kopfstrick zugehen.

Helmuth Anden.

An das
Bayer. Staatsministerium der Justiz
Ministerialkanzlei.



München -
Justizpalast
II - 3480/65.

Mr. Helmut Andres.
Halle / Saale
Hauptstr 44.

9

18

10
AG

11o AR 329o/65

1.) Schreiben

Bü/wi
abges.am 9.3.66

An das
Einwohnermeldeamt
Berlin-Wilmersdorf
- 1 - Berlin - Wilmersdorf

Betr.: Wilhelm We i f f e n b a c h , geb.am 3.11.19o5
in Kassel

Bezug: Ohne

Wie hier bekannt ist, war der Obenerwähnte bis zum
21.2.1947 amtlich in Berlin-Wilmersdorf, Darmstädter
Str. 2 gemeldet.

Es wird um Mitteilung gebeten, wohin W e i f f e n -
b a c h verzogen ist.

Im Auftrag

Büschgens
(Büschgens)
Staatsanwalt

2.) Herrn Abt.Lt.I mit der Bitte um Ggz.

3.) für notierten Frist (30. 3. 66).

g

**Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen**

110 AR 3290/65

Bei Antwortschreiben Aktenzeichen angeben

714 Ludwigsburg, den 9. März 1966
Schorndorfer Straße 28
Fernsprechananschluß:
Ludwigsburg Nr. 22221
bei Durchwahl 2222 App. Nr.

11
24



An das
Einwohnermeldeamt
Berlin-Wilmersdorf

- 1 - Berlin - Wilmersdorf

Betr.: Wilhelm W e i f f e n b a c h , geb.am 3.11.1905
in Kassel

Bezug: Ohne

Wie hier bekannt ist, war der Obenerwähnte bis zum
21.2.1947 amtlich in Berlin-Wilmersdorf, Darmstädter
Str. 2 gemeldet.

Es wird um Mitteilung gebeten, wohin W e i f f e n -
b a c h verzogen ist.

Im Auftrag

Büschgens
(Büschgens)
Staatsanwalt

Der Polizeipräsident in Berlin

1 Berlin 42, den 14. März 1966

Tempelhofer Damm 1-7

Fernruf: 66 00 17 App. 28²⁰

Intern: (95) 42 31 App. 28

II EMA/ C a 7-138-32.02/66



U.

zurückgesandt.

Herr Wilhelm Weiffenbach konnte nach dem 8. Mai 1945 für Berlin (West) als gemeldet oder gemeldet gewesen nicht ermittelt werden. Der Verbleib ist nicht bekannt.

Im Auftrage

Frank

V.

1/ Mrs M O A 9 3290/65
w.v.

2/3 Tage.

16. IV / *[Signature]*

1/ DC- Postkarte Bl. 6
Hauptm. w.v.

2/ Mrs. 15. 4. 66 ✓

17.3 / *[Signature]*

V.
Mrs. 23. 5. 66 = 66

1/ DC- Postkarte Bl. 6
M. u. p. anfragen 2

} noch nicht
ausgewertet Ber. 19/4, w.v.

29. 4. / *[Signature]*

2/ 10 Tage


18. 4. 66 / *[Signature]*

30/4. 66.

V.

1/ Mrs DC - Herbert Laper
W. Laper

2/ 10 typ.

6.6.66 / 

(Name and address of requesting agency)

Berlin Document Center,
U.S. Mission Berlin
APO 09742, U.S. Forces

Date: 28.2.1966

T-URGENT

110 AR 3290/65

It is requested that your records on the following named person be checked:

1389207

Name: **Wilhelm Weiffenbach**

Place of birth: **Kassel**

Date of birth: **3.11.1905**

Occupation:

Present address:

Other information: **SS-Obersturmführer**

Dipl. Kaufmann

It is understood that the requested information will be supplied at cost to this organization, and that payment will be made when billing is received.

I.A.

(Büschgens)

Staatsanwalt

(Signature)

(Telephone No.)

(This space will be filled in by the Berlin Document Center)

	Pos.	Neg.		Pos.	Neg.		Pos.	Neg.
1. NSDAP Master File	___	___	7. SA	___	___	13. NS-Lehrerbund	___	___
2. Applications	___	___	8. OPG	___	___	14. Reichsaerztekammer	___	___
3. PK	___	___	9. RWA	___	___	15. Party Census	___	___
4. SS Officers	___	___	10. EWZ	___	___	16.	___	___
5. RUSHA	___	___	11. Kulturkammer	___	___	17.	___	___
6. Other SS Records	___	___	12. Volksgerichtshof	___	___	18.	___	___

For explanation of abbreviations and terms, see other side.

Benötigt werden Lichtbild und alle Unterlagen über Einsätze im Kriege und Zugehörigkeit zu Einheiten.

wohnt in Berlin W-5, Dammstadtstr. 2.

keine Hinweise auf Einsätze u. Einh.

Kopien stat. Karte.

MAR. 14 1966

Explanation of Abbreviations and Terms

2. NSDAP membership applicants
3. PK - Partei Korrespondenz (Party Membership Correspondence - files, etc.)
4. SS Officers - Service Records
5. RUSHA - Rasse - und Siedlungshauptamt (SS racial records of those married and marriage applicants)
6. Non-Officer SS, applicants for SS membership, racial records, police members
8. OPG - Oberstes Parteigericht (Supreme Party Court)
9. RWA - Rueckwandereramt (German returnees)
10. EWZ - Einwandererzentrale (Ethnic Germans' immigration and naturalization records)
12. Volksgerichtshof (People's Court)
15. Party census of Berlin 1939

H-Stammkarte

M. Co.

1. Bewerber seit 29.9.
Beförderungs- bzw. 1941
Ernennungsdaten:

2. Einheit, Name und Vorname:

W e i f f e n b a c h ,

Wilhelm

3. a) Geburtstag: 3. 11. 1905

b) Geburtsort: Kassel

c) religiöses Bekenntnis: ggl.

d) Staatsangehörigkeit: D.R.

e)

4. erlernter

Beruf: Dipl. Kaufmann jetzt: Kaufmann

selbständig
priv. Dienst
öffentl. Dienst
Partei, Dienst

5. a) led., verw., gesch., verh. seit: 23. 12. 39 mit Irmgard Berge

W. Nr. geboren: 31. 7. 19

b) Kinder:

1. XX	2. m.	3. m.	4. m.	5. m.
10.	10.	10.	10.	10.
6. m.	7. m.	8. m.	9. m.	10. m.
10.	10.	10.	10.	10.

6. Wohnort,
Straße, Haus-Nr. Ehefrau: Irmgard W., Hersfeld/Kurhessen
Breitenstr. 36

7. Größe: 1.82 Schuh-Nr.: 45 Kopfw.: 56

8. Einkommen bis 300.—, über 300.—, über 500.—, über 1000.— RM.

9. Sprachen und besondere Fähigkeiten:

10. Zivilstrafen:

11. Wehrnummer: Berlin V 05/221/17/6

Verw. Amt. - 44 - 2400-

Nr. d. Erk.-Marke:

12. H.-Nummer:

13. H.-Auszeichnungen:

H.-Zivilabzeichen:

Nr.:

Ehrendenk ja nein

Ehrenbogen ja — nein

Binkel ja — nein

Totenkopfring ja — nein

14. Sportabzeichen:

SA-Sportabz.

Nachsportabz.

Weitersportabz.

H.-Leistungsabz.

15. Parteiverhältnisse:

Partei-Eing.

Mitglieds-Nr.

Gold. Parteiabz. ja — nein

Eob. Parteiabz. ja — nein

Blutorden ja — nein

16. Aufmärsche usw.:

17. a) Dienstzeit in der HJ von bis
 b) Dienstzeit in der SA von bis
 c) Dienstzeit im NSKK von bis
 d) von bis
 e) von bis

18. Dienstzeit im Arbeitsdienst . . . von . . . bis . . .

19. a) Dienstzeit im alten Heere . . von . . . bis . . .
 b) bei der Feldtruppe von . . . bis . . .
 c) in einem Freiv.-Verband . . von . . . bis . . .
 d) von . . . bis . . .
 e) in der Polizei von . . . bis . . .
 f) im Reichsheer (WM) von . . . bis . . .
 g) Waffen-11 von 29.9.41 bis . . .

20. a) Waffengattung:
 b) Letzter Dienstgrad:

21. Sonderausbildung:

22. Orden und Ehrenzeichen:

23. a) Verwundungen:
 b) Erwerbsunfähigkeit:

24. Ausbildung bei der H:

25. Vereidigung:

26. Führung:

27. H.-Strafen (Hinweise auf das Strafbuch):

28. Verletzungen:

Stamm-Einheit:

gem.	ab	zu	erfaßt:
gem.	ab	zu	erfaßt:
gem.	ab	zu	erfaßt:
gem.	ab	zu	erfaßt:
gem.	ab	zu	erfaßt:
gem.	ab	zu	erfaßt:

29. Urlaub:

30. Ausscheidungen:

Grund:

a)	Grund:
b) Entlassung:	
c) Ausfluß:	
d) Austosung:	
e)	

31. Wiederaufnahme:

32. Ahnennachweis klein: groß:

33.

34. Sonstiges:

Die Richtigkeit der Eintragungen bescheinige (nur bei Verletzungen):

Unterschrift

Unterschrift

Unterschrift

Unterschrift

Unterschrift

(Führer der Einheit)

11o AR 329o/65
1.) Schreiben

Dr.A/wi
abges.am 22.6.66

An das
Einwohnermeldeamt
- 643 - Bad Hersfeld

Betr.: 1.) Wilhelm W e i f f e n b a c h ,
geb.am 3.11.1905 in Kassel
2.) Ehefrau Irmgard geb. Berge, geb.am 31.7.1919
beide früher wohnhaft in Bad Hersfeld,
Breitenstr.36

Die obengenannten Personen waren nach hiesigen Unterlagen während des Krieges unter obiger Anschrift wohnhaft.

Ich bitte um Mitteilung, ob ihr heutiger Aufenthalt dort bekannt ist oder ob nach etwaiger Abmeldung weitere Anschriften bekannt geworden sind.

Im Auftrag

(Dr.Artzt)
Oberstaatsanwalt

2.) WgX

2 WgX

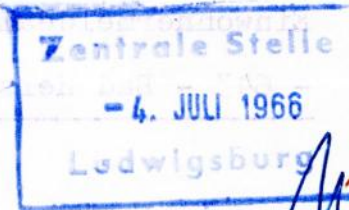
Der Magistrat
VII/124/07.-

Bad Hersfeld, den 28.6.1966

Urschriftlich

an die
Zentrale Stelle der
Landesjustizverwaltungen

714 Ludwigsburg
Schorndorfer Str. 28



mit der Mitteilung zurückgesandt, daß Herr Wilhelm Weiffenbach, geb. am 3.11.1905 in Kassel, hier nicht gemeldet war. Die Ehefrau des hier Genannten, Frau Irmgard Weiffenbach, geb. Berge, geb. am 31.7.1919 war vom 11.8.1943 bis zum 5.10.1944 in Bad Hersfeld, Breitenstr. 36 gemeldet und hat sich am 5.10.1944 nach Niederjossa Kreis Hersfeld, Molkerei, abgemeldet. Ob der Ehemann auch nach Niederjossa verzogen ist, ist hier nicht bekannt.

Im Auftrage:

[Handwritten signature]

**Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen**

110 AR 3290/65

Bei Antwortschreiben Aktenzeichen angeben

714 Ludwigsburg, den 22. Juni 1966
Schorndorfer Straße 28
Fernsprechananschluß:
Ludwigsburg Nr. 22221
bei Durchwahl 2222 App. Nr.

Der Magistrat
der Stadt Bad Hersfeld
Eing. 23. JUNI 1966
Abt: m *Gl*

An das
Einwohnermeldeamt
- 643 - Bad Hersfeld

Betr.: 1.) Wilhelm W e i f f e n b a c h ,
geb.am 3.11.1905 in Kassel
2.) Ehefrau Irmgard geb. Berge, geb.am 31.7.1919
beide früher wohnhaft in Bad Hersfeld,
Breitenstr.36

Die obengenannten Personen waren nach hiesigen Unterlagen während des Krieges unter obiger Anschrift wohnhaft.

Ich bitte um Mitteilung, ob ihr heutiger Aufenthalt dort bekannt ist oder ob nach etwaiger Abmeldung weitere Anschriften bekannt geworden sind.

Im Auftrag

[Signature]
(Dr. Artzt)
Oberstaatsanwalt

18
27
8. August 1966

110 AR 3290/65

Entwurf

1.) Schreiben

Dr.A/wi
abges.am 8.8.66 ag.

An das
Einwohnermeldeamt
- 6431 - Niederjossa
Krs. Hersfeld

Betr.: Wilhelm W e i f f e n b a c h ,
geb.am 3.11.1905 in Kassel, Ehefrau Irmgard
geb. Berge, geb.am 31.7.1919

Bezug: Ohne

Die Ehefrau Weiffenbachs hat sich am 5.10.1944 von
Bad Hersfeld, Breitenstr.36 nach Niederjossa Kra.Hersfeld,
Molkerei abgemeldet.

Ich bitte um Mitteilung, ob sie dort noch wohnhaft ist
und ob auch Ihr Ehemann nach dem Kriege dort zur Anmeldung
gekommen ist und bei ihr wohnt.



(Dr.Artzt)
Oberstaatsanwalt

2.)

Weggehen 2 Werten

**Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen**

110 AR 3290/65

Bei Antwortschreiben Aktenzeichen angeben

714 Ludwigsburg, den 8. August 1966
Schorndorfer Straße 28
Fernsprechananschluß:
Ludwigsburg Nr. 22221
bei Durchwahl 2222 App. Nr.

bei Ref 401 seit 4.7.66!

auf Fwd.

erst Vorjahr!

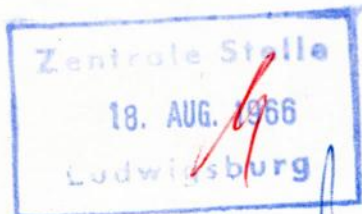
An das
Einwohnermeldeamt
- 6431 - Niederjossa
Krs. Hersfeld

Betr.: Wilhelm W e i f f e n b a c h ,
geb.am 3.11.1905 in Kassel, Ehefrau Irmgard
geb. Berge, geb.am 31.7.1919

Bezug: Ohne

Die Ehefrau Weiffenbachs hat sich am 5.10.1944 von
Bad Hersfeld, Breitenstr.36 nach Niederjossa Kra.Hersfeld,
Molkerei abgemeldet.

Ich bitte um Mitteilung, ob sie dort noch wohnhaft ist
und ob auch ihr Ehemann nach dem Kriege dort zur Anmeldung
gekommen ist und bei ihr wohnt.



[Signature]
(Dr.Artzt)
Oberstaatsanwalt

Die Fam.Weiffenbach ist nach Angaben des jetzigen Molkereiver-
walters im Jahre 1949 nach Kassel verzogen. Unterlagen konnte
ich bei der Gemeinde nicht feststellen. Wenden Sie sich bitte
an das Einwohnermeldeamt in Kassel.

Der Bürgermeister



[Signature]

22. August 1966

110 AR 3290/65

OStA Dr.A/JÄ.

abges.am: 22.8.1966

1. Schreiben

An das

Einwohnermeldeamt

35 K a s s e l

Betr.: Wilhelm W e i f f e n b a c h ,
geb. am 3.11.1905 in Kassel, Ehefrau Irmgard
geb. Berge, geb. am 31.7.1919

Ich bitte um Mitteilung, ob die oben genannten Personen,
die nach Angaben des Bürgermeisters der Gemeinde Nieder-
jossa(Kreis Hersfeld) im Jahre 1949 nach dort verzogen
sein sollen, dort polizeilich gemeldet und wohnhaft
sind.

(Dr. Artzt)

Oberstaatsanwalt

2.

**Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen**

110 AR 3290/65

Bei Antwortschreiben Aktenzeichen angeben

21 30
714 Ludwigsburg, den 22. August 1966
Schorndorfer Straße 28
Fernsprechananschluß:
Ludwigsburg Nr. 22221
bei Durchwahl 2222 App. Nr.

Polizeiverwaltung
Kassel

23. AUG. 1966

An das

Einwohnermeldeamt

35 K a s s e l

Betr.: Wilhelm W e i f f e n b a c h ,
geb. am 3.11.1905 in Kassel, Ehefrau Irmgard
geb. Berge, geb. am 31.7.1919

Ich bitte um Mitteilung, ob die oben genannten Personen,
die nach Angaben des Bürgermeisters der Gemeinde Nieder-
jossa (Kreis Hersfeld) im Jahre 1949 nach dort verzogen
sein sollen, dort polizeilich gemeldet und wohnhaft
sind.

Artzt
(Dr. Artzt)

Oberstaatsanwalt

Unschriftlich an den Einsender,
Auskunft

Gesamter
Jahres

ist in Kassel für

polizeilich gemeldet ~~hat sich~~

am

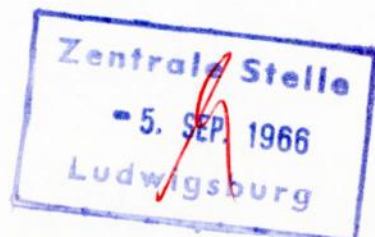
abgemeldet — ist in Kassel polizeilich nicht gemeldet —

DM Verwaltungsgebühren sind erhoben —
werden durch Postnachnahme erhoben.

Kassel, 31. Aug. 1966

Der Magistrat der Stadt Kassel

- Ordnungsamt -
Linne



Vfg.

1.) In 110 AR austragen und
in 415 AR eintragen.

2.) Urschriftlich mit Akten
an Abteilung IV - Referat 415 -

14. SEP. 1966

zur weiteren Entschliessung.

In der Anzeige wird dem Beschuldigten W e i f f e n -
b a c h , der wie nunmehr festgestellt in Kassel
wohnhaft ist, vorgeworfen als Angehöriger des
"Staatssicherheitsministeriums Berlin" (gemeint
dürfte das RSHA sein) an Judendeportationen beteiligt
gewesen zu sein.

Ich bitte deshalb, den Vorgang zur weiteren Bearbeitung
zu übernehmen.


(Dr. Artzt)
Oberstaatsanwalt

Ludwigsburg, den 13.9.1966

V

1.) keine Eilsache

2.) Herrn StA Winkler nach Rückkehr

15.9.66

- 415 AR 3290/65 -

714 Ludwigsburg, den 17. Oktober 1966
Schorndorfer Straße 28
Fernsprechananschluß:
Ludwigsburg Nr. 22221
bei Durchwahl 2222 App. Nr.

Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht Berlin
z. Hd. von Herrn Oberstaatsanwalt Severin

tsanwalt
icht Berlin
Oberstaatsanwalt Severin *Mein* 24. Okt. 1966

21

1) Herrn E.H.A. Ringe
kegen Exekution des Urteils vom 2.

2) Herrn E.H.A. Ringe v. R.
und der Frau R. in die Sprache

24. Okt. 1966

Beil.: 1 Vorermittlungsheft (22 Blatt)

Über Wilhelm Weiffenbach liegen hier sonst keine weiteren Erkenntnisse vor.

Dem Bayerischen Staatsministerium der Justiz, das die Anzeige hierher weitergeleitet hatte, und dem Anzeiger habe ich Abgabennachricht erteilt.

(Dr. Rückerl)

Vfg.

- ✓ 1. Der Vorgang 415 AR 3290/65 der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg wird hierher übernommen.
- ✓ 2. Als neue Js-Sache
 gegen Wilhelm W e i f f e n b a c h ,
 geboren am 3. November 1905 in Kassel,
 wohnhaft in Kassel, Huttenstraße 5,
 wegen des Verdachtes des Mordes
 unter dem Aktenzeichen 1 Js 4/66 (RSA) eintragen.
- ✓ 3. Akten und Handakten anlegen.
- ✓ 4. Zu schreiben:

An die
Zentrale Stelle der
Landesjustizverwaltungen

714 L u d w i g s b u r g
 Schorndorfer Straße 28

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen
SS-Obersturmführer Wilhelm W e i f f e n b a c h ,
geboren am 3. November 1905 in Kassel,
wohnhaft in Kassel, Huttenstraße 5,
wegen angeblicher Beteiligung an der
"Endlösung der Judenfrage"

Bezug: Abgabeverfügung vom 17. Oktober 1966
 - 415 AR 3290/65 -

Ich habe das vorbezeichnete Ermittlungsverfahren hierher
übernommen. Es hat das obige Aktenzeichen 1 Js 4/66 (RSA)
erhalten.

25

5. Zu schreiben:

An das
Bayerische Staatsministerium
der Justiz

8 M ü n c h e n 35
Justizpalast

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen
SS-Obersturmführer Wilhelm W e i f f e n b a c h ,
geboren am 3. November 1905 in Kassel,
wohnhaft in Kassel, Huttenstraße 5, wegen
angeblicher Beteiligung an der "Endlösung der
Judenfrage"

Bezug: Ihr an die Zentrale Stelle der Landesjustizver-
waltungen in Ludwigsburg gerichtetes Schreiben
vom 28. Oktober 1965 - II - 3480/65 -

Ich habe das auf die Strafanzeige des Helmut A n d r e s
aus Halle a.d. Saale, Hafenstraße 44, vom 12. Oktober 1965
zurückgehende Ermittlungsverfahren gegen den Vorgenannten
hierher übernommen.

Über den Ausgang des Verfahrens werde ich Sie zu gegebener
Zeit unterrichten.

6. Zu schreiben:

Herrn
Helmut A n d r e s

Halle/Saale
Hafenstraße 44

Auf Ihre Strafanzeige vom 12. Oktober 1965 gegen den ehemaligen SS-Obersturmführer Wilhelm W e i f f e n b a c h , geboren am 3. November 1905 in Kassel, wegen Beteiligung an der "Endlösung der Judenfrage" und Ihre an das Bayerische Staatsministerium der Justiz gerichtete ergänzende Eingabe vom 22. Februar 1966:

Ich habe das auf Ihre Eingaben gegen den vorbezeichneten Beschuldigten eingeleitete, von der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg an mich abgegebene Ermittlungsverfahren hierher übernommen.

Über den Ausgang des Verfahrens werde ich Sie, falls nicht die öffentliche Klage erhoben werden sollte, zu gegebener Zeit unterrichten.

27

7. Urschriftlich mit einem Band Akten

der
Polizeiverwaltung
- Kriminalpolizei -

35 K a s s e l

Kriminalpolizei Kassel	
Eing.	24. NOV. 66
Tagb.-Nr.	17010
Sachb.	

mit dem Ersuchen übersandt, den Beschuldigten
Wilhelm W e i f f e n b a c h zu den gegen ihn von dem
Anzeigenden Helmut A n d r e s erhobenen Vorwürfen
verantwortlich zu vernehmen.

Auf Bl.3-4R, 8/8R und 23 der Akten darf ich aufmerksam
machen.

Ich bitte um Erledigung möglichst bis zum Jahresende.

1 Berlin 21, den 11. November 1966
Turmstraße 91

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

Im Auftrage

Hölzner
(Hölzner)
Staatsanwalt

für
Ersten Staatsanwalt Klingberg

8. 2. Januar 1967

Le

14. NOV. 1966 Le
97 zu 4,5,6) je 1 Schb.
ab 21/11.66

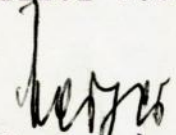
28

V e r m e r k:

W. ist als Montageleiter bei der Fa. M a u e r l u n g e, Düsseldorf, Charlottenstraße Nr. 37, beschäftigt und durch seine berufliche Tätigkeit immer unterwegs.

Mehrere mit W. fernmündlich vereinbarte Termine zur Durchführung seiner Vernehmung wurden von ihm wegen Abwesenheit aus Kassel, aus beruflichen Gründen, nicht eingehalten.

Am 20.12.66 teilte W. fernmündlich mit, daß er von seinem Aussageverweigerungsrecht bei der Polizei Gebrauch mache. Er bat um richterliche Vernehmung.


(Herzer), KM

Der Oberbürgermeister der Stadt Kassel:
- Polizeiverwaltung -
- Kriminalpolizei -

Kassel, 20.12.66

2.K. Tgb.Nr. 17 010/66

27. DEZ. 1966

Herr Ernst Klingberg

Urschriftlich

der Staatsanwaltschaft
- beim Kammergericht -

Staatsanwaltschaft b. d. Kammergericht - Berlin	
Eing. am 23. DEZ. 1966	
mit	Anl. Blatts. Bd. Akten

i n B e r l i n

mit dem Hinweis auf umseitigen Vermerk zurückgesandt.

I. A.

Gill

(G i l l e)

Kriminalhauptmeister /he.

Vfg.

29

1. Urschriftlich mit 1 Heft Akten

dem
Amtsgericht

35 K a s s e l



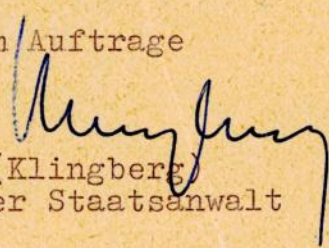
unter Bezugnahme auf den kriminalpolizeilichen Vermerk vom 20. Dezember 1966 (Bl.28 d.A.) mit der Bitte übersandt, den Beschuldigten Wilhelm W e i f f e n b a c h aus Kassel, Huttenstraße 5, im Sinne meines Ersuchens vom 11. November 1966 (Bl. 27 d.A.) verantwortlich zu vernehmen.

Ich darf um Erledigung bis etwa Ende Januar/Anfang Februar 1967 bitten.

Berlin, den 28. Dezember 1966
Turmstraße 91

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

Im/Auftrage


(Klingberg)
Erster Staatsanwalt

2. Am 15. Februar 1967

30 Gs

13/17

30 Gs - ~~12~~ 13/1967

30

Verfügung

1. Termin am 25. 1. 1967 1000 ✓ Uhr, Zimmer 57
2. Zu laden-Vorführen durch Polizei aus Leipz. Str. - Wohlheiden-
a) Beschuldigten Wesiffenbach ✓ Blatt 29
b) Angeklagten _____ Blatt _____
c) Zeugen _____ Blatt _____
3. Nachricht vom Termin an : Generalstaatsanwalt Berlin, ze. 29 ✓
a) Angeklagten _____ Blatt _____
b) Verteidiger _____ Blatt _____
c) Staats- ~~Ants~~-anwaltschaft _____
4. Wv. zum Termin.

Kassel, den 3. 1. 67
Amtsgericht, Abt. 30

Minim
Amtsgerichtsrat

8/ab (11. 1. 67)
4. 1. 67

Kurze Bezeichnung
des Schriftstücks

Postzustellungsurkunde

über die Zustellung eines mit
folgender Aufschrift versehenen Schriftstücks

La. z. Tm. am

25.1.67,

10.00 Uhr

Absender:

Amtsgericht, Abt.:

35 Kassel

30 Gs 13/67

Geschäfts-
nummer

Herrn

An Wilhelm Weiffenbach

35- Kassel

(Postleitzahl)

Huttenstr. 5

Das vorstehend bezeichnete Schriftstück habe ich in meiner Eigenschaft als Postbediensteter zu Kassel
heute hier — zwischen — Uhr und — Uhr (Zeitangabe nur auf Verlangen) —,

(Vordruck für die Zustellung an Einzelpersonen, Einzelfirmen,
Rechtsanwälte, Notare und Gerichtsvollzieher usw.)

(Vordruck für die Zustellung an Behörden, juristische Personen,
Gesellschaften und Gemeinschaften [Vereinigungen])

1. An
den Empfänger
oder Vorsteher
usw. in Person

dem — Empfänger — Firmeninhaber — (Vor- und
Zuname):

selbst in der — Wohnung — dem Geschäftslokal

übergeben.

dem — Vorsteher — gesetzlichen Vertreter — ver-
tretungsberechtigten Mitinhaber —

in Person in — der Wohnung — dem Geschäftslokal —

übergeben.

2. An
Gehilfen,
Angestellten,
Beamte usw.

da ich in dem Geschäftslokal den — Empfänger —
Firmeninhaber (Vor- und Zuname):

selbst nicht angetroffen habe, dort d — — Gehilf —

— Angestellten —

übergeben.

da in dem Geschäftslokal während der gewöhnlichen
Geschäftsstunden

a) der angetroffene — Vorsteher — gesetzliche Vertreter
— vertretungsberechtigte Mitinhaber — an der Annahme
verhindert war,

b) der — Vorsteher — gesetzliche Vertreter — vertretungs-
berechtigte Mitinhaber — nicht anwesend war,
dort dem beim Empfänger angestellten

übergeben.

3. An
a) ein Familien-
mitglied,
b) eine dienende
Person.

da ich den — Empfänger — Firmeninhaber
(Vor- und Zuname)

selbst in der Wohnung nicht angetroffen habe, dort
a) dem zu seiner Familie gehörenden erwachsenen
Hausgenossen, nämlich — der Ehefrau — dem
Ehemann — dem Sohne — der Tochter —

Wolfram übergeben.

b) de in der Familie dienenden erwachsenen

übergeben.

da ein besonderes Geschäftslokal nicht vorhanden ist
und ich auch den — Vorsteher — gesetzlichen Vertreter —
vertretungsberechtigten Mitinhaber —

in der hiesigen Wohnung

nicht selbst angetroffen habe, dort

a) dem zu seiner Familie gehörenden erwachsenen Haus-
genossen, nämlich — der Ehefrau — dem Ehemann —
dem Sohne — der Tochter —

übergeben.

b) de in der Familie dienenden erwachsenen

übergeben.

4. An den
Hauswirt oder
Vermieter.

da ich den — Empfänger — Firmeninhaber (Vor-
und Zuname)

selbst in der Wohnung nicht angetroffen habe,
auch die Zustellung an einen zur Familie gehörenden
erwachsenen Hausgenossen oder an eine in
der Familie dienende erwachsene Person nicht
ausführbar war, de in demselben Hause wohnen-
den — Hauswirt — — Vermieter —, nämlich

de

de zur Annahme bereit war, übergeben.

da ein besonderes Geschäftslokal nicht vorhanden ist
und ich den — Vorsteher — gesetzlichen Vertreter — ver-
tretungsberechtigten Mitinhaber —

in der Wohnung

nicht angetroffen habe, auch die Zustellung an einen zur
Familie gehörenden erwachsenen Hausgenossen oder an
eine in der Familie dienende erwachsene Person nicht
ausführbar war, de in demselben Hause wohnenden —

Hauswirt — — Vermieter —, nämlich de

d zur Annahme bereit war, übergeben.

5. Verweigerte Annahme.
(kommt nur in den Fällen
1, 2 und 3 in Betracht.)

zu übergeben versucht und, da die Annahme des Briefes verweigert wurde, am Ort der Zustellung
zurückgelassen.

Den Tag der Zustellung habe ich auf dem zugestellten Schriftstück vermerkt.

35 Kassel, den 6. Januar 1967

(Postleitzahl)

PZ 1 Postzustellungsurkunde.

Vordrucklager Carl Ritter & Co., Frankfurt (Main) (1. 1966)

(Fortsetzung umseitig)

Postzustellungsurkunde

vollzogen zurück

30

an Amtsgericht, Abt.:

35 Kassel

19. Jan. 1967

Samstag gewonnen

Notar

Dr. iur. WALTER ISELE

ADOLF ELLIAN

Rechtsanwälte

35 Kassel, Wilhelmshöher Allee 1

P. Sch. Kto.: Walter Isele Ffm. 18173

Telefon (0561) 134 81 - 134 82

Das vorseitig bezeichnete Schriftstück habe ich in meiner Eigenschaft als Postbediensteter zu

heute hier — zwischen

Uhr und — Uhr (Zeitangabe nur auf Verlangen) —,

(Vordruck für die Zustellung an Einzelpersonen, Einzelunternehmen, Rechtsanwälte usw. [Nur gültig bei Durchstreichung der Zustellungsvermerke auf der vorstehenden Seite.])

(Vordruck für die Zustellung an Behörden, juristische Personen, Gesellschaften und Gemeinschaften [Vereinigungen]. [Nur gültig bei Durchstreichung der Zustellungsvermerke auf der vorstehenden Seite.])

6. Niederlegung.

da ich den — Empfänger — Firmeninhaber (Vor- und Zuname):

selbst in der Wohnung nicht angetroffen habe und die Zustellung weder an einen zur Familie gehörenden erwachsenen Hausgenossen noch an eine in der Familie dienende erwachsene Person noch an den Hauswirt oder Vermieter ausführbar war, auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts zu

niedergelegt.

bei der Postanstalt zu

niedergelegt.

bei dem Gemeindevorsteher zu

niedergelegt.

bei dem Polizeivorsteher zu

niedergelegt.

Eine schriftliche Mitteilung über die Niederlegung unter der Anschrift des Empfängers

— ist in der bei gewöhnlichen Briefen üblichen Weise abgegeben worden.

— ist, da die Abgabe in der bei gewöhnlichen Briefen üblichen Weise nicht tunlich war,

— an der Tür der Wohnung des Empfängers befestigt worden.

— dem/der in der Nachbarschaft des Empfängers wohnenden

zur Weitergabe an den Empfänger ausgehändigt worden.

da ein besonderes Geschäftslokal nicht vorhanden ist und ich auch den — Vorsteher — gesetzlichen Vertreter — vertretungsberechtigten Mitinhaber —

in der Wohnung

nicht angetroffen habe und die Zustellung weder an einen zur Familie gehörenden erwachsenen Hausgenossen noch an eine in der Familie dienende erwachsene Person, noch an den Hauswirt oder Vermieter ausführbar war, auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts zu

niedergelegt.

bei der Postanstalt zu

niedergelegt.

bei dem Gemeindevorsteher zu

niedergelegt.

bei dem Polizeivorsteher zu

niedergelegt.

Eine schriftliche Mitteilung über die Niederlegung unter der Anschrift des Empfängers

— ist in der bei gewöhnlichen Briefen üblichen Weise abgegeben worden.

— ist, da die Abgabe in der bei gewöhnlichen Briefen üblichen Weise nicht tunlich war,

— an der Tür der Wohnung des Empfängers befestigt worden.

— dem/der in der Nachbarschaft des Empfängers wohnenden

zur Weitergabe an den Empfänger ausgehändigt worden.

Den Tag der Zustellung habe ich auf dem zugestellten Schriftstück vermerkt.

(Postleitzahl)

, den

19

Dr. iur. WALTER ISELE RECHTSANWALT UND NOTAR

ADOLF KILIAN RECHTSANWALT

3500 KASSEL
Wilhelmshöher Allee 1
Postfach 110

12. Januar 1967
= / u

3500 Kassel, Postfach 110

An das
Amtsgericht
- Abt. 30 -

K a s s e l

BANKEN:
Landeskreditkasse Kassel
Volksbank Kassel e.G.m.b.H.

POSTSCHECK: Walter Isele
Frankfurt/Main 181 73

FERNSPRECHER:
1 34 81 - 1 34 82
Ortsnetzkenzahl: 05 61

Bei Beantwortung
bitte angeben:

Nr. 22/67

In der Ermittlungssache gegen
Wilhelm Weiffenbach, Kassel
- 30 Gs 13/67 -

melde ich mich als Verteidiger des Beschul-
digten, dessen Vollmacht ich anliegend über-
reiche.

Ich bitte um Gewährung von Akteneinsicht für
2 Tage in mein Büro.

af 12. Jan. 1967 L.

Rechtsanwalt

*Aktenzeichen: 30 Gs 13/67
Amtsgericht Kassel
v. 25. I. 1967 104*

Strafprozeßvollmacht

Rechtsanwälte **Dr. iur. Walter Isele und Adolf Kilian, Kassel, Wilhelmshöher Allee 1** 33

werden in der – Strafsache – ~~Privatklagesache~~ – ~~Nebenklagesache~~ –

gegen mich

zum Verteidiger – Vertreter – insbesondere in Abwesenheit der Unterzeichneten für alle Instanzen bestellt.

Die Verteidiger – Vertreter – werden außer zu den nach der Strafprozeßordnung ihnen zustehenden Befugnissen noch ausdrücklich ermächtigt, Strafantrag und Anträge jeder Art zu stellen, Beschwerden und Einsprüche zu erheben, Rechtsmittel einzulegen und zurückzunehmen, auch auf dieselben zu verzichten sowie Beschlüsse und Urteilsausfertigungen mit rechtlicher Wirkung und Zustellungen in Empfang zu nehmen, überhaupt alle Rechte und Befugnisse auszuüben und wahrzunehmen, welche nach den Bestimmungen der Strafgesetze und der Strafprozeßordnung den Verteidigern – Vertretern zustehen. Die Verteidiger – Vertreter – werden ferner ermächtigt, diese Vollmacht auf andere zu übertragen.

Diese Vollmacht gilt auch für das gesamte Kostenfestsetzungsverfahren.

Kassel, den 11. Januar 1967.

W. Isele

Antsgericht, Abt. 30
- 30 Gs 13/67



Kassel, den 25. Jan. 1967

Vfg.

8	<i>W. H. K.</i>
	Schriften
	Dir. Kost M.

Gegenwärtig:

Antsgerichtsrat Kersting
als Richter,

Justizangestellter Engel
als Urkundsbeanter der Ge-
schäftsstelle

U. m. A. der
Staatsanwaltschaft Berlin

B e r l i n
nach Erl. zurückgesandt.

K, den 25.1.67

In der Ermittlungssache

W. H. K. AG-Rat

g e g e n Wilhelm Weiffenbach

w e g e n Mordes

erschien auf Ladung vorgeführt der Beschuldigte.

Es wurde ihm eröffnet, welche strafbare Handlung ihm zur Last gelegt wird und welche Strafvorschriften in Betracht kommen. Der Beschuldigte wurde darauf hingewiesen, daß es ihm nach dem Gesetz freistehe, sich zu der Beschuldigung zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen. Er wurde weiterhin darauf hingewiesen, daß er sie schon vor seiner Vernehmung berechtigt ist, einen von ihm ihr zu wählenden Verteidiger zu befragen und daß er sie sich in geeigneten Fällen auch schriftlich äußern dürfe.

Der Beschuldigte wurde wie folgt vernommen:

Z.F.: Ich heiße : Wilhelm Weiffenbach, geb. am 3.11.1905 in Kassel, wohnhaft in Kassel, Huttenstr. 5, verh.
Frau: Irmgard W. geb. Berge, 3 Kinder (26, 18 u. 14 J.)
Eltern: Hch. Weiffenbach u. Marie W. geb. Sälzer.
Beruf: Dipl.Kaufmann z.Zt. Montageleiter bei der Fa. Mauerlunge in Düsseldorf, Charlottenstr. 87
Einkommen: netto ca. 3000 DM. nicht vorbestraft.

Der Inhalt des gegen mich erhobenen Vorwurfs ist mir bekannt. Ich habe mich hierzu in einer diesem Protokoll beigefügten Stellungnahme vom 24.1.67 schriftlich geäußert . Die in dieser Äußerung enthaltenen Angaben , die mir noch einmal wörtlich vorgelesen worden sind, sind zutreffend. Ich mache sie deshalb nach Wortlaut und Inhalt zum Gegenstand meiner jetzigen richterlichen Vernehmung und erkläre noch einmal ausdrücklich, daß ich die von dem Anzeigeerstatter Andres gegen mich erhobenen Vorwürfe entschieden zurückweise.

l.d. u. geh.

W. H. K. *W. H. K.* *Zur*

35 Kassel, den 24. Januar 1967
Huttenstraße 5

1. Ich kenne den Anzeiger, Herrn Helmut Andres, weder vom Ansehen noch auch nur dem Namen nach. Mir sind auch die in der Anzeige genannten Eheleute Salomon Pfeifel und Alma Pfeifel weder persönlich noch dem Namen nach irgendwie bekannt.

Herr Andres bezeichnet sich als Sohn des Ehemannes Pfeifel und bezeichnet Frau Alma Pfeifel als seine Stiefmutter. Ich bin nicht in der Lage, nachzuprüfen, woraus sich dann die Namensverschiedenheit zwischen Vater und Sohn ergibt.

2. Ich habe zu keinem Zeitpunkt meines Lebens mit Judenfragen oder gar mit der Verschickung von jüdischen deutschen Staatsbürgern irgendetwas zu tun gehabt.

Ich bin im Jahre 1948 von dem Wirtschaftsverwaltungshauptamt der SS in Berlin als Betriebsprüfer angestellt worden und war in dieser Eigenschaft Zivilangestellter. Ebenfalls als Zivilangestellter bin ich dann Geschäftsführer der Sudeten-Quell-GmbH und Vorstandsmitglied der Heinrich Matony-AG in Gießhübel geworden. Zugleich habe ich mich auf Grund eines Sonderauftrages als Einkäufer von Traubenkonzentraten im Ausland beschäftigt. Diese Traubenkonzentrate waren für Lazarette bestimmt. Ich bin in meiner Tätigkeit nahezu ständig im Ausland gewesen und habe mich in Berlin lediglich zeitweilig zur Erfüllung meiner beruflichen Geschäfte aufgehalten. In der vorerwähnten Position bin ich bis zum Kriegsende geblieben.

3. Im September 1941 bin ich als SS-Mann zur Waffen-SS gezogen worden und habe in Stralsund eine 8-wöchige Grund-Wehrausbildung erfahren. Von diesem Zeitpunkt bis zum Kriegsende bin ich in der Stammrolle als SS-Mann weitergeführt worden,

ohne jemals als solcher tätig geworden zu sein und ohne jemals Uniform über diese 8 Wochen hinaus getragen zu haben. Ich bin nach der Rückkehr aus Stralsund wieder in denselben vorstehend geschilderten Eigenschaften als Zivilangestellter tätig gewesen.

4. Ich habe von 1940 an in Berlin-Bukow Ost in der Rudower-Strasse gewohnt und bin 1941 nach Berlin-Babelsberg, Dom-Str. 54 umgezogen. Irgendwann im Jahre 1942 wurde diese Wohnung von einem SS-Führer in Anspruch genommen und man verlangte von mir, daß ich mir eine andere Wohnung suche. Durch einen Bekannten, der in Berlin-Wilmersdorf in der Darmstädter-Straße wohnte, wurde ich in der Folgezeit darauf hingewiesen, daß im Hause Darmstädter-Straße 2 eine Wohnung frei würde. Diese Wohnung ist dann, während ich mich wieder einmal auf einer Reise befand, von meiner Ehefrau und einem Dr. Volk, der möglicherweise bei der Besichtigung SS-Uniform getragen hat, besichtigt worden. Zu dieser Zeit war die Wohnung noch bewohnt. Wer in dieser Wohnung gewohnt hat, ist sowohl mir als auch meiner Ehefrau unbekannt. Es ist uns beiden insbesondere unbekannt, ob die damaligen Bewohner dieser Wohnung die Eheleute Pfeifel gewesen sind. Da die Besichtigung der Wohnung, soweit heute noch eine Rückerinnerung möglich ist, erst um die Wende 1942/1943 erfolgt ist, könnte, sofern das von Herrn Andres angegebene Verschleppungsdatum der Eheleute Pfeifel stimmt, jedenfalls die Wohnung nicht mehr im Besitze der Eheleute Pfeifel gewesen sein, so daß selbst eine solche Begegnung in der Wohnung ausgeschlossen erscheint.

Einige Zeit danach habe ich Nachricht erhalten, daß die Wohnung frei sei. Ich habe einen ordnungsgemässen Mietvertrag über die Wohnung abgeschlossen und bin am 1.4.1943 mit meiner Familie in diese Wohnung eingezogen. Eine Aufenthaltsbescheinigung des Polizei-Präsidenten in Berlin vom 17. Januar 1967 insoweit füge ich anliegend bei.

5. Das Haus Berlin-Babelsberg, Dom-Str. 54 ist nach meinen Feststellungen im April 1944 zerstört worden. Ich habe es nach

meinem Umzug nie wieder betreten. In der Wohnung Darmstädter Straße 2 bin ich nur gelegentlich gewesen, soweit es infolge meiner zahlreichen geschäftlichen Reisen möglich war. Meine Familie ist im August 1943 aus Berlin evakuiert worden. Bescheinigung des Bezirksbürgermeisters vom 4. August 1943 füge ich bei. In der Folgezeit ist dann der größte Teil der Wohnung ständig durch ausgebombte Familien belegt worden, deren Namen ich nicht einmal kenne, weil ich die meisten dieser Leute nur bei gelegentlichen Aufenthalten in Berlin überhaupt gesehen habe.

6. Im Frühjahr 1945 bin ich wiederum auf einer geschäftlichen Reise in Italien gewesen. Von dort aus bin ich im Zuge der Auflösung der deutschen Front in Italien und der Verhältnisse innerhalb Deutschlands überhaupt nicht mehr nach Berlin zurückgekehrt, sondern habe mich -- wie immer in all den Jahren * in Zivilkleidung -- bis nach Hersfeld zu meiner dort lebenden Mutter durchgeschlagen. Meine Familie befand sich zu dieser Zeit ebenfalls zunächst in Hersfeld und später in Niederjossa. Von Hersfeld aus bin ich, nachdem ich die amtlichen Voraussetzungen erfüllt habe, nach Niederjossa verzogen, Anmeldebescheinigung, die das Datum vom 11. August 1945 trägt, füge ich in der Anlage bei. Ich habe mich beim Arbeitsamt in Hersfeld gemeldet und versucht, Arbeit zu erhalten. Ich füge in der Anlage die Meldekarte des Arbeitsamts in Hersfeld bei. Ich bin seit Kriegsende niemals wieder in Berlin gewesen. Infolgedessen ist die Behauptung, daß ich mich bis 1947 in Berlin aufgehalten und dann unter Mitnahme von 8 Koffern aus dem Hause Darmstädter Straße 2 verschwunden sei, absolut unrichtig. Wie Herr Andres dazu kommt, eine derartige Behauptung aufzustellen, ist mir völlig unbegreiflich. Von Niederjossa bin ich nach Kassel verzogen, wo ich in all den vergangenen Jahren für jedermann erreichbar war.
7. Ich betone noch einmal mit allem Nachdruck, daß ich mit Judenfragen niemals in irgendeiner Form beschäftigt gewesen bin, daß ich abgesehen von den 8 Wochen Grundausbildung in Stralsund,

niemals eine SS-Uniform getragen habe, daß ich infolgedessen auch niemals SS-Obersturmführer gewesen bin -- mein Dienst-rang war immer nach der Stammrolle SS-Mann --, daß mir weder Herr Andres noch die Eheleute Pfeifel in irgendeiner Form be-kannt sind und daß ich, als Zivilangestellter tätig, ausschließ-lich mit wirtschaftlichen Angelegenheiten mich beschäftigt habe und mich in Erfüllung meines Aufgabenkreises ~~nach~~ nahezu ständig im Ausland (Italien, Schweiz, Frankreich, Tschecho-Slowakei usw.) aufgehalten habe.

8. Zur Bekräftigung meiner Darstellung diene folgendes.

a) Ich überreiche in der Anlage 7 Karten, die ich zu verschie- denen Zeiten und verschiedenen Orten an meine Familie ge- schrieben habe oder die an mich geschrieben worden sind und aus denen sich ergibt, daß ich mich ständig im Ausland aufgehalten habe.

b) Ich stelle anheim, Herrn Erwin Jung, Berlin-Zehlendorf, Possweg 7 zu folgendem zu hören.

Herr Jung wechselte als Bankbeamter von der Dresdner Bank in Berlin in das Wirtschaftsverwaltungshauptamt W 3 über und wurde hier verantwortlicher Berater in allen Finanzie- rungs- und Devisenangelegenheiten. Herr Jung war für die Abwicklung der Devisengeschäfte, die ich in Italien, Frankreich, Holland, in der Schweiz und der Tschecho-Slowakei durchführte, verantwortlich. Herr Jung war während des Krieges und nach dem Kriege ununterbrochen bis heute in Berlin. Er ist in der Lage, meine vorstehenden Angaben zu bestätigen.

c) Ich stelle anheim, Herrn Direktor i.R. Erwin Blankensteiner in Innsbruck, Bruder Willram-Straße 3 als Zeugen zu hören. Herr Blankensteiner ist in der Lage, trotzdem die meisten Unterlagen verbrannt sind, Auskunft zu geben über meine Tätigkeit während des Krieges in Italien, da fast alle Kesselwagen, die nach Deutschland abgefertigt wurden, von mir über das Landeslagerhaus in Innsbruck, dessen Liquidator er ist, geleitet worden sind.

9. Ich verwahre mich mit allem Nachdruck gegen die Vorwürfe, die von Herrn Andres gegen mich erhoben werden und hinsichtlich derer ich im besten Falle Herrn Andres einen guten Glauben insoweit zuzubilligen vermag, als er mich mit irgendjemandem anderen verwechseln muß. Ich kann mir das zwar nicht vorstellen, aber ich vermag mir ebenso wenig vorzustellen, daß Herr Andres seine tatsächlichen Angaben bewußt aus der Luft gegriffen hat, um irgendjemandem wider besseres Wissen zu schaden.

William Woffenkuch.

40

✓

✓ 1.) Das Ermittlungsverfahren gegen den Beschuldigten
Wilhelm W e i f f e n b a c h wird aus den Gründen
des nachstehenden Bescheides eingestellt.

2.) Schreiben: - in 3 Stücken - : Einschreiben mit Rückschein -

Herrn
Helmut A n d r e s

Halle/Saale
Hafenstr. 44

*neutrales Einschreiben mit Rückschein
H. Seren*

*Einschreiben mit Postversand
zu München.*

Sehr geehrter Herr Andres!

Auf Ihre Strafanzeige vom 12. Oktober 1965 gegen
Wilhelm W e i f f e n b a c h, geboren am 3. November 1905
in Kassel, und auf Ihre an das Bayerische Staatsministerium
der Justiz gerichtete ergänzende Eingabe vom 22. Februar 1966:

Die Ermittlungen haben keinen Anlaß ergeben, gegen den Be-
schuldigten die öffentliche Klage ^{wegen} einer Teilnahme am Mord im
Rahmen der "Endlösung der Judenfrage" zu erheben.

Nach den überprüften amtlichen Unterlagen hat ein Wilhelm
Weiffenbach weder dem Reichssicherheitshauptamt noch der für die
Zusammenstellung der Berliner und Potsdamer Deportationstranspor-
te zuständigen Staatspolizeileitstelle Berlin angehört.

Es ist auch kein Anhalt dafür vorhanden, daß der von Ihnen Be-
schuldigte von anderer Seite für die Erfassung jüdischer Bürger -
einschließlich der von Ihnen genannten Angehörigen - zum Zwecke
ihres Abtransportes abgestellt worden wäre. Ganz abgesehen da-
von, daß er nach seiner, mit der im Berlin Dokument Center ver-
wahrten SS-Stammkarte übereinstimmenden Einlassung, nicht
SS-Obersturmführer, sondern SS-Bewerber gewesen ist, und als
solcher lediglich im Herbst 1941 eine mehrwöchige ^{Grundwehr-} ~~grundliche~~
Ausbildung bei der Waffen-SS erfahren hat, läßt die von ihm
während der Kriegsjahre ausgeübte nachprüfbare Tätigkeit als

81

zivilier Betriebsprüfer des Wirtschafts- und Verwaltungshauptamtes ~~in~~ der SS, als Geschäftsführer der Sudeten-Quell-GmbH., als Vorstandsmitglied ~~in~~ der Heinrich-Matony AG in Gießhübel und als Einkäufer von ausländischen Traubenkonzentraten für Lazarettzwecke keinen Raum für die Annahme, daß er sich in der von Ihnen behaupteten Art und Weise betätigt haben könnte.

Auch daß der Beschuldigte - wie nach den Meldeunterlagen feststeht - am 1. April 1943 die Wohnung Berlin-Wilmersdorf, Darmstädter Str. 2, bezogen hat, die zuvor von Ihren Angehörigen bewohnt gewesen sein soll, reicht als Belastungstat-sache nicht aus, zumal da zwischen der Deportation Ihrer Angehörigen und dem Bezuge der Wohnung durch den Beschuldigten ein Zeitraum von mehr als einem halben Jahr liegt. In diesem Zusammenhang ist im übrigen zu bemerken, daß der Beschuldigte, dessen Familie aus Luftschutzgründen bereits am 4. August 1943 aus Berlin evakuiert worden ist, für die Wohnung in Berlin-Wilmersdorf, Darmstädter Str. 2, nur bis zu einem nicht mehr feststellbaren Zeitpunkt v o r dem 8. Mai 1945 gemeldet war und daß er nach Kriegsende nicht mehr nach Berlin zurückgekehrt ist.

Ich habe nach alledem das Ermittlungsverfahren, das sich aus Gründen der Strafverfolgungserkennung ^{verjährt} ohnehin nur noch auf den Tatbestand einer etwaigen Teilnahme am Mord erstrecken konnte, eingestellt.

Gegen diesen Bescheid können Sie binnen einem Monat nach Zugang gerichtliche Entscheidung insoweit beantragen, ^{als} ~~falls~~ als Strafbestand die Ermordung Ihres Vaters Salomon P f e i f e l in Betracht kommt. Der Antrag auf gerichtliche Entscheidung muß die Tatsachen, welche die Erhebung der öffentlichen Klage begründen sollen, und die Beweismittel angeben. Er muß von einem Rechtsanwalt unterzeichnet sein und ist bei dem Strafsenat des Kammergerichts in ¹² Berlin 19, Witzlebenstr. 4 - 5, einzureichen. Für das Armenrecht gelten dieselben Vorschriften wie in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten.

Hochachtungsvoll

- 42
- (3.) Herrn Leiter der Arbeitsgruppe mit der Bitte um Zeichnung zu Ziffer 1) und 2) dieser Verfügung.
- 4.) Am ^{10.}15. September 1967 (Klage-Erzwingungsantrag eingegangen? Ansonsten Einstellungsnachricht an den Beschuldigten und das Bayerische Staatsministerium der Justiz sowie Bericht).

Berlin, den 6. Juli 1967

Klingberg
Erster Staatsanwalt

Zu 1) im Reg. z. l.
6/9.67

gef. 7.9.67 Sch
Zu 2) Schrb. 3x
u. E-Rück.

ab 8/9.67

Vorgel. gem. Fristablauf zu Ziff. 4
16/11.67

Rückschein

43

Sendungsart und besondere Versendungsformen <i>E. Bf.</i>		Einlieferungs-Nr. <i>402</i>	Postleitzahl (Einlieferungsamt) 1 Berlin 21
Nachnahme DM	Pf	Empfänger der Sendung <i>Herrn</i> <i>Helmut Andrich</i> <i>Halle / Saale</i>	
Wert DM		Postleitzahl <i>Kapfenstr. 44</i> (Straße und Hausnummer oder Postfach)	
Sendung erhalten			
Auslieferungsvermerk		<i>Andrich</i> (Unterschrift)	



Der Absender wird gebeten, den umrandeten Teil selbst auszufüllen.

Einlieferungsschein

Bitte sorgfältig aufbewahren!

Sendungsart und besondere Versendungsform (Abkürzungen s. umseitig)	E.-Bf.				
	DM (in Ziffern)	Pf	Nach- nahme	DM (in Ziffern)	Pf
Wert oder Betrag					
Empfänger	Helmut Andres				
Bestimmungsort mit postamtl. Leitangaben	Halle / Saale				

Postvermerk

Einlieferungs- Nr.	Gewicht	
	kg	g

Postannahme

Postteilzahl

Posto Anl. 15
// P 8

722 109 1 130 000 2.67
DIN A 6, Kl. XII



527 035 34 000 1.65
DIN A 7, Kl. IV

+ C 62 zu 100
V, 2 Anl. 23

Rückschein



Herrn
Herrn Severin

1
Postleitzahl

Berlin 21
Tummik 91

722 109 1 130 000 2. 67
DIN A 6, KI. XI f

8 P 8
Posto Anl. 15

besondere Versendungsform: durren folgende Abkürzungen angewandt werden:

Auftr = Postauftrag, Bf = Brief, E = Einschreiben, Ein-
schreib-, Eil = Eilzustellung, Gspr = Gespräch, PANw =
Postanweisung, Pkt = Paket, Pn = Päckchen, Tel = Tele-
gramm, W = Wert, Zk = Zahlkarte.

Die Post bittet,

die Schalter möglichst nicht in den Hauptverkehrszeiten,
sondern während der verkehrsschwächeren Stunden am
späten Vormittag und frühen Nachmittag aufzusuchen;

auf alle freizumachenden Briefsendungen die Postwert-
zeichen bereits vor der Einlieferung aufzukleben;

die Einlieferungsscheine vorher selbst auszufüllen; bei
Wertsendungen, Postanweisungen und Zahlkarten muß
Tinte, Kugelschreiber, Schreibmaschine oder Druck, bei
allen anderen Sendungen kann auch Tintenstift benutzt
werden;

das Geld abgezählt bereitzuhalten, größere Mengen
Papiergeld stets vorher zu ordnen und bei gleichzeiti-
gem Einzahlen von drei und mehr Postanweisungs- und
Zahlkartenbeträgen sowie bei Bezug von drei und mehr
Sorten oder Werten von Wertzeichen im Betrag von mehr
als 5 DM eine aufgerechnete Zusammenstellung der
Beträge vorzulegen.

Die Post empfiehlt,

bei regelmäßig stärkerer Einlieferung von Einschreibsen-
dungen, Wertsendungen und gewöhnlichen Paketsendungen
am Selbstbucherverfahren teilzunehmen. Nähere Auskunft
erteilt das Postamt.

Für Vermerke des Absenders:

Herrn Severin
- 1 B 21
Tummik 91

Vfg.

- ✓ 1. Zu schreiben (unter Beifügung von 11 Schriftstücken):

Herrn
Wilhelm Weiffenbach

35 K a s s e l
Huttenstraße 5

Sehr geehrter Herr Weiffenbach!

Durch Verfügung vom 6. September 1967 habe ich das gegen Sie anhängig gewesene Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Teilnahme am Mord im Rahmen der "Endlösung der Judenfrage", in dem Sie am 25. Januar 1967 verantwortlich vernommen worden sind, gemäß § 170 Absatz 2 StPO eingestellt.

Die anlässlich Ihrer verantwortlichen Vernehmung zu den Akten gereichten Unterlagen füge ich zu meiner Entlastung wieder bei.

Hochachtungsvoll

✓
2. Zu schreiben:

An die
Herren Rechtsanwälte
Dr. jur. Walter Isele
und Adolf Kilian

35 K a s s e l
Wilhelmshöher Allee 1

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Wilhelm WEIFFENBACH
wegen des Verdachts der Teilnahme am Mord im
Rahmen der "Endlösung der Judenfrage"

Sehr geehrte Herren Rechtsanwälte!

Durch Verfügung vom 6. September 1967 habe ich das
gegen Ihren Mandanten anhängig gewesene Ermittlungs-
verfahren, in dem dieser am 25. Januar 1967 verant-
wortlich vernommen worden ist, gemäß § 170 Abs. 2 StPO
eingestellt.

Die seinerzeit zu den Akten gereichten Unterlagen hat
Ihr Mandant unmittelbar zurückerhalten.

Hochachtungsvoll

- ✓ 3. Zu schreiben (unter Beifügung einer Abschrift des Einstellungsbescheides vom 6. September 1967):

An das
Bayerische Staatsministerium
der Justiz

8 M ü n c h e n 35
Justizpalast

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Wilhelm WEIFFENBACH,
geboren am 3. November 1905 in Kassel,
wohnhaft in Kassel, Huttenstraße 5,
wegen angeblicher Beteiligung an der "Endlösung
der Judenfrage"

Bezug: Ihre an die Zentrale Stelle der Landesjustiz-
verwaltungen in Ludwigsburg gerichteten Schreiben
vom 28. Oktober 1965 und 1. März 1966
- II - 3480/65 -

Anlage: 1 Schriftstück

Durch Verfügung vom 6. September 1967 habe ich das gegen
den Beschuldigten anhängig gewesene Ermittlungsverfahren
gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt.

Die Gründe für die Einstellung bitte ich aus dem abschrift-
lich beigelegten Einstellungsbescheid ersehen zu wollen.

47

- ✓ 4. Zu schreiben (unter Beifügung einer Abschrift des Einstellungsbescheides vom 6. September 1967):

An die
Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen

714 L u d w i g s b u r g
Schorndorfer Str. 58

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Wilhelm WEIFFENBACH,
geboren am 3. November 1905 in Kassel,
wohnhaft in Kassel, Huttenstraße 5,
wegen angeblicher Beteiligung an der "Endlösung
der Judenfrage"

Bezug: Abgabeverfügung vom 17. Oktober 1966
- 415 AR 3290/65 -

Anlage: 1 Schriftstück

Durch Verfügung vom 6. September 1967 habe ich das gegen
den Beschuldigten anhängig gewesene Ermittlungsverfahren
gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt.

Die Gründe für die Einstellung bitte ich aus dem abschrift-
lich beigelegten Einstellungsbescheid vom 6. September 1967
ersehen zu wollen.

5. Weitere Vfg. in den HA.

6. *koefl.*

Berlin, den 8. November 1967

Erster Staatsanwalt

gef. 10.11.67 Sch
Zu 1)-4) jew. 1 Schrb.

ab am

13. NOV. 1967

Sch

**Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht**

Handakten

zu der Strafsache

gegen

**Weiffenbach,
Wilhelm**

wegen

Mordes

Kontroll-Nr. bzw. Aktz. des Untersuch.-Richters b. d. KG.:

des Kammergerichts:

Fristen:

~~2.1.67~~ ~~15/2.67~~

Versendung der Hauptakten

Tag der
Verfügung

Empfänger der Akten,
Versendungsgrund

Tag der
Absendung

11/11.66

an Pol. Bez. Kassel
Zwecks Bern. des Besch.

22/11.66

28/
12.66

an Ab Kassel zw.
Bern. des Besch.

30/
12.66

Fortsetzung umseitig

Weggelegt 19 **67**

Aufzubewahren: — bis 19 **78**

— wie die Hauptakten —

Geschichtlich wertvoll? — Ja — nein —

175/4/66 (RSHA)

(Fortsetzung)

Tag der Verfügung	Empfänger der Akten, Versendungsgrund	Tag der Absendung	Tag der Verfügung	Empfänger der Akten, Versendungsgrund	Tag der Absendung

[illegible]

Vfg.

1. Der Vorgang 415 AR 3290/65 der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg wird hierher übernommen.
2. Als neue Js-Sache
 gegen Wilhelm W e i f f e n b a c h ,
 geboren am 3. November 1905 in Kassel,
 wohnhaft in Kassel, Huttenstraße 5,
 wegen des Verdachtes des Mordes
 unter dem Aktenzeichen 1 Js 4/66 (RSHA) eintragen.
3. Akten und Handakten anlegen.
4. Zu schreiben:

An die
Zentrale Stelle der
Landesjustizverwaltungen

714 L u d w i g s b u r g
 Schorndorfer Straße 28

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen
SS-Obersturmführer Wilhelm W e i f f e n b a c h ,
geboren am 3. November 1905 in Kassel,
wohnhaft in Kassel, Huttenstraße 5,
wegen angeblicher Beteiligung an der
"Endlösung der Judenfrage"

Bezug: Abgabeverfügung vom 17. Oktober 1966
 - 415 AR 3290/65 -

Ich habe das vorbezeichnete Ermittlungsverfahren hierher
übernommen. Es hat das obige Aktenzeichen 1 Js 4/66 (RSHA)
erhalten.

5. Zu schreiben:

An das
Bayerische Staatsministerium
der Justiz

8 M ü n c h e n 35
Justizpalast

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen
SS-Obersturmführer Wilhelm W e i f f e n b a c h ,
geboren am 3. November 1905 in Kassel,
wohnhaft in Kassel, Huttenstraße 5, wegen
angeblicher Beteiligung an der "Endlösung der
Judenfrage"

Bezug: Ihr an die Zentrale Stelle der Landesjustizver-
waltungen in Ludwigsburg gerichtetes Schreiben
vom 28. Oktober 1965 - II - 3480/65 -

Ich habe das auf die Strafanzeige des Helmut A n d r e s
aus Halle a.d. Saale, Hafenstraße 44, vom 12. Oktober 1965
zurückgehende Ermittlungsverfahren gegen den Vorgenannten
hierher übernommen.

Über den Ausgang des Verfahrens werde ich Sie zu gegebener
Zeit unterrichten.

6. Zu schreiben:

Herrn
Helmut A n d r e s

Halle/Saale
Harfenstraße 44

Auf Ihre Strafanzeige vom 12. Oktober 1965 gegen den ehemaligen SS-Obersturmführer Wilhelm W e i f f e n b a c h , geboren am 3. November 1905 in Kassel, wegen Beteiligung an der "Endlösung der Judenfrage" und Ihre an das Bayerische Staatsministerium der Justiz gerichtete ergänzende Eingabe vom 22. Februar 1966:

Ich habe das auf Ihre Eingaben gegen den vorbezeichneten Beschuldigten eingeleitete, von der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg an mich abgegebene Ermittlungsverfahren hierher übernommen.

Über den Ausgang des Verfahrens werde ich Sie, falls nicht die öffentliche Klage erhoben werden sollte, zu gegebener Zeit unterrichten.

4

7. Urschriftlich mit einem Band Akten

der
Polizeiverwaltung
- Kriminalpolizei -

35 K a s s e l

mit dem Ersuchen übersandt, den Beschuldigten
Wilhelm W e i f f e n b a c h zu den gegen ihn von dem
Anzeigenden Helmut A n d r e s erhobenen Vorwürfen
verantwortlich zu vernehmen.


Auf Bl.3-4R, 8/8R und 23 der Akten darf ich aufmerksam
machen.

Ich bitte um Erledigung möglichst bis zum Jahresende.

1 Berlin 21, den 11. November 1966
Turmstraße 91

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

Im Auftrage


(Hölzner)
Staatsanwalt

für
Ersten Staatsanwalt Klingberg

8. 2. Januar 1967

Le

Vfg.

1. Urschriftlich mit 1 Heft Akten

dem
Amtsgericht

35 K a s s e l

unter Bezugnahme auf den kriminalpolizeilichen Vermerk vom 20. Dezember 1966 (Bl.28 d.A.) mit der Bitte übersandt, den Beschuldigten Wilhelm W e i f f e n b a c h aus Kassel, Huttenstraße 5, im Sinne meines Ersuchens vom 11. November 1966 (Bl. 27 d.A.) verantwortlich zu vernehmen.

Ich darf um Erledigung bis etwa Ende Januar/Anfang Februar 1967 bitten.

Berlin, den 28. Dezember 1966
Turmstraße 91

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

Im Auftrage

(Klingberg)
Erster Staatsanwalt

2. Am 15. Februar 1967

Le

Amtsgericht, Abt. 30

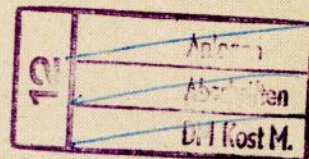
3500 Kassel, den 3.1.1967
Frankfurter Strasse 9



30 Gs 13 /67-

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
zu 1 Js 4/66 (RSA)

Berlin



In der Ermittlungssache
gegen Wilhelm Weiffenbach
wegen Verd. d. Mordes
ist Termin zur Vernehmung des Besch.
auf den 25.1.1967, 10.00 Uhr
vor dem Amtsgericht, Abt. 30, in Kassel, Frankfurter Str. 9,
1. Stock, Zimmer 106, anberaumt.
Sie werden hiermit von diesem Termin benachrichtigt.

Auf Anordnung

Justizangestellter

2dA
AG 90677. 6.1.67
H

Gegenwärtig:

Amtsgerichtsrat **Kersting**
als Richter,

Justizangestellter **Engel**
als Urkundsbeamter der Ge-
schäftsstelle

In der Ermittlungssache

g e g e n **Wilhelm Weiffenbach**

w e g e n **Mordes**

erschien auf Ladung vorgeführt d **er** Beschuldigte.

Es wurde ihm eröffnet, welche strafbare Handlung ihm zur Last gelegt wird und welche Strafvorschriften in Betracht kommen. D **er** Beschuldigte wurde darauf hingewiesen, daß es ihm nach dem Gesetz freistehe, sich zu der Beschuldigung zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen. Er wurde weiterhin darauf hingewiesen, daß er sie schon vor seiner Vernehmung berechtigt ist, einen von ihm ihm zu wählenden Verteidiger zu befragen und daß er sie sich in geeigneten Fällen auch schriftlich äußern dürfe.

D **er** Beschuldigte wurde wie folgt vernommen:

Z.F.: Ich heiße : Wilhelm Weiffenbach, geb. am 3.11.1905 in Kassel, wohnhaft in Kassel, Huttenstr. 5, verh.
Frau: Irmgard W. geb. Berge, 3 Kinder (26, 18 u. 14 J.)
Eltern: Hch. Weiffenbach u. Marie W. geb. Sälzer.
Beruf: Dipl.Kaufmann z.Zt. Montageleiter bei der Fa. Mauerlunge in Düsseldorf, Charlottenstr. 87
Einkommen: netto ca. 3000 DM. nicht vorbestraft.

Der Inhalt des gegen mich erhobenen Vorwurfs ist mir bekannt. Ich habe mich hierzu in einer diesem Protokoll beigefügten Stellungnahme vom 24.1.67 schriftlich geäußert. Die in dieser Äußerung enthaltenen Angaben, die mir noch einmal wöblich vorgelesen worden sind, sind zutreffend. Ich mache sie deshalb nach Wortlaut und Inhalt zum Gegenstand meiner jetzigen richterlichen Vernehmung und erkläre noch einmal ausdrücklich, daß ich die von dem Anzeigeerstatter Andres gegen mich erhobenen Vorwürfe entschieden zurückweise. l.d. u. geh.

Engel

Wilhelm Weiffenbach

35 Kassel, den 24. Januar 1967
Huttenstraße 5

Stellungnahme zu dem gegen mich erhobenen Vorwurf:

1. Ich kenne den Anzeiger, Herrn Helmut Andres, weder vom Ansehen noch auch nur dem Namen nach. Mir sind auch die in der Anzeige genannten Eheleute Salomon Pfeifel und Alma Pfeifel weder persönlich noch dem Namen nach irgendwie bekannt.

Herr Andres bezeichnet sich als Sohn des Ehemannes Pfeifel und bezeichnet Frau Alma Pfeifel als seine Stiefmutter. Ich bin nicht in der Lage, nachzuprüfen, woraus sich dann die Namensverschiedenheit zwischen Vater und Sohn ergibt.

2. Ich habe zu keinem Zeitpunkt meines Lebens mit Judenfragen oder gar mit der Verschickung von jüdischen deutschen Staatsbürgern irgendetwas zu tun gehabt.

Ich bin im Jahre 1948 von dem Wirtschaftsverwaltungshauptamt der SS in Berlin als Betriebsprüfer angestellt worden und war in dieser Eigenschaft Zivilangestellter. Ebenfalls als Zivilangestellter bin ich dann Geschäftsführer der Sudeten-Quell-GmbH und Vorstandsmitglied der Heinrich Matony-AG in Gießhübel geworden. Zugleich habe ich mich auf Grund eines Sonderauftrages als Einkäufer von Traubenkonzentraten im Ausland beschäftigt. Diese Traubenkonzentrate waren für Lazarette bestimmt. Ich bin in meiner Tätigkeit nahezu ständig im Ausland gewesen und habe mich in Berlin lediglich zeitweilig zur Erfüllung meiner beruflichen Geschäfte aufgehalten. In der vorerwähnten Position bin ich bis zum Kriegsende geblieben.

3. Im September 1941 bin ich als SS-Mann zur Waffen-SS gezogen worden und habe in Stralsund eine 8-wöchige Grund-Wehrausbildung erfahren. Von diesem Zeitpunkt bis zum Kriegsende bin ich in der Stammrolle als SS-Mann weitergeführt worden,

ohne jemals als solcher tätig geworden zu sein und ohne jemals Uniform über diese 8 Wochen hinaus getragen zu haben. Ich bin nach der Rückkehr aus Stralsund wieder in denselben vorstehend geschilderten Eigenschaften als Zivilangestellter tätig gewesen.

4. Ich habe von 1940 an in Berlin-Bukow Ost in der Rudower-Strasse gewohnt und bin 1941 nach Berlin-Babelsberg, Dom-Str. 54 umgezogen. Irgendwann im Jahre 1942 wurde diese Wohnung von einem SS-Führer in Anspruch genommen und man verlangte von mir, daß ich mir eine andere Wohnung suche. Durch einen Bekannten, der in Berlin-Wilmersdorf in der Darmstädter-Straße wohnte, wurde ich in der Folgezeit darauf hingewiesen, daß im Hause Darmstädter-Straße 2 eine Wohnung frei würde. Diese Wohnung ist dann, während ich mich wieder einmal auf einer Reise befand, von meiner Ehefrau und einem Dr. Volk, der möglicherweise bei der Besichtigung SS-Uniform getragen hat, besichtigt worden. Zu dieser Zeit war die Wohnung noch bewohnt. Wer in dieser Wohnung gewohnt hat, ist sowohl mir als auch meiner Ehefrau unbekannt. Es ist uns beiden insbesondere unbekannt, ob die damaligen Bewohner dieser Wohnung die Eheleute Pfeifel gewesen sind. Da die Besichtigung der Wohnung, soweit heute noch eine Rückerinnerung möglich ist, erst um die Wende 1942/1943 erfolgt ist, könnte, sofern das von Herrn Andres angegebene Verschleppungsdatum der Eheleute Pfeifel stimmt, jedenfalls die Wohnung nicht mehr im Besitze der Eheleute Pfeifel gewesen sein, so daß selbst eine solche Begegnung in der Wohnung ausgeschlossen erscheint.

Einige Zeit danach habe ich Nachricht erhalten, daß die Wohnung frei sei. Ich habe einen ordnungsgemässen Mietvertrag über die Wohnung abgeschlossen und bin am 1.4.1943 mit meiner Familie in diese Wohnung eingezogen. Eine Aufenthaltsbescheinigung des Polizei-Präsidenten in Berlin vom 17. Januar 1967 insoweit füge ich anliegend bei.

5. Das Haus Berlin-Babelsberg, Dom-Str.54 ist nach meinen Feststellungen im April 1944 zerstört worden. Ich habe es nach

10

meinem Umzug nie wieder betreten. In der Wohnung Darmstädter Straße 2 bin ich nur gelegentlich gewesen, soweit es infolge meiner zahlreichen geschäftlichen Reisen möglich war. Meine Familie ist im August 1943 aus Berlin evakuiert worden. Bescheinigung des Bezirksbürgermeisters vom 4. August 1943 füge ich bei. In der Folgezeit ist dann der größte Teil der Wohnung ständig durch ausgebombte Familien belegt worden, deren Namen ich nicht einmal kenne, weil ich die meisten dieser Leute nur bei gelegentlichen Aufenthalten in Berlin überhaupt gesehen habe.

6. Im Frühjahr 1945 bin ich wiederum auf einer geschäftlichen Reise in Italien gewesen. Von dort aus bin ich im Zuge der Auflösung der deutschen Front in Italien und der Verhältnisse innerhalb Deutschlands überhaupt nicht mehr nach Berlin zurückgekehrt, sondern habe mich -- wie immer in all den Jahren * in Zivilkleidung -- bis nach Hersfeld zu meiner dort lebenden Mutter durchgeschlagen. Meine Familie befand sich zu dieser Zeit ebenfalls zunächst in Hersfeld und später in Niederjossa. Von Hersfeld aus bin ich, nachdem ich die amtlichen Voraussetzungen erfüllt habe, nach Niederjossa verzogen, Anmeldebescheinigung, die das Datum vom 11. August 1945 trägt, füge ich in der Anlage bei. Ich habe mich beim Arbeitsamt in Hersfeld gemeldet und versucht, Arbeit zu erhalten. Ich füge in der Anlage die Meldekarte des Arbeitsamts in Hersfeld bei.
- Ich bin seit Kriegsende niemals wieder in Berlin gewesen. Infolgedessen ist die Behauptung, daß ich mich bis 1947 in Berlin aufgehalten und dann unter Mitnahme von 8 Koffern aus dem Hause Darmstädter Straße 2 verschwunden sei, absolut unrichtig. Wie Herr Andres dazu kommt, eine derartige Behauptung aufzustellen, ist mir völlig unbegreiflich.
- Von Niederjossa bin ich nach Kassel verzogen, wo ich in all den vergangenen Jahren für jedermann erreichbar war.
7. Ich betone noch einmal mit allem Nachdruck, daß ich mit Judenfragen niemals in irgendeiner Form beschäftigt gewesen bin, daß ich abgesehen von den 8 Wochen Grundausbildung in Stralsund,

niemals eine SS-Uniform getragen habe, daß ich infolgedessen auch niemals SS-Obersturmführer gewesen bin -- mein Dienst-rang war immer nach der Stammrolle SS-Mann --, daß mir weder Herr Andres noch die Eheleute Pfeifel in irgendeiner Form be-kannt sind und daß ich, als Zivilangestellter tätig, ausschließ-lich mit wirtschaftlichen Angelegenheiten mich beschäftigt habe und mich in Erfüllung meines Aufgabenkreises mich nahezu ständig im Ausland (Italien, Schweiz, Frankreich, Tschecho-Slowakei usw.) aufgehalten habe.

8. Zur Bekräftigung meiner Darstellung diene folgendes.

a) Ich überreiche in der Anlage 7 Karten, die ich zu verschie- denen Zeiten und verschiedenen Orten an meine Familie ge- schrieben habe oder die an mich geschrieben worden sind und aus denen sich ergibt, daß ich mich ständig im Ausland aufgehalten habe.

b) Ich stelle anheim, Herrn Erwin Jung, Berlin-Zehlendorf, Possweg 7 zu folgendem zu hören.

Herr Jung wechselte als Bankbeamter von der Dresdner Bank in Berlin in das Wirtschaftsverwaltungshauptamt W 3 über und wurde hier verantwortlicher Berater in allen Finanzie- rungs- und Devisenangelegenheiten. Herr Jung war für die Abwicklung der Devisengeschäfte, die ich in Italien, Frankfeich, Holland, in der Schweiz und der Tschecho-Slowakei durchführte, verantwortlich. Herr Jung war während des Krieges und nach dem Kriege ununterbrochen bis heute in Berlin. Er ist in der Lage, meine vorstehenden Angaben zu bestätigen.

c) Ich stelle anheim, Herrn Direktor i.R. Erwin Blankensteiner in Innsbruck, Bruder Willram-Straße 3 als Zeugen zu hören. Herr Blankensteiner ist in der Lage, trotzdem die meisten Unterlagen verbrannt sind, Auskunft zu geben über meine Tätigkeit während des Krieges in Italien, da fast alle Kesselwagen, die nach Deutschland abgefertigt wurden, von mir über das Landeslagerhaus in Innsbruck, dessen Liquidator er ist, geleitet worden sind.

d) Ich stelle anheim, Herrn Ferdinand von Gelniny in Salurn, mit dem ich in reger Geschäftsverbindung gestanden habe, ebenfalls als Zeugen zu dem gleichen Tatbestand zu hören. Es wird gegebenenfalls aber auch genügen, Herrn Hans von Gelniny, der in Burg b. Freiburg i.Br. wohnt, zu dem gleichen Tatbestand zu hören.

9. Ich verwahre mich mit allem Nachdruck gegen die Vorwürfe, die von Herrn Andres gegen mich erhoben werden und hinsichtlich derer ich im besten Falle Herrn Andres einen guten Glauben insoweit zuzubilligen vermag, als er mich mit irgendjemandem anderen verwechseln muß. Ich kann mir das zwar nicht vorstellen, aber ich vermag mir ebenso wenig vorzustellen, daß Herr Andres seine tatsächlichen Angaben bewußt aus der Luft gegriffen hat, um irgendjemandem wider besseres Wissen zu schaden.

Wittmann Wessendach

13

V

- 1.) Das Ermittlungsverfahren gegen den Beschuldigten Wilhelm Weiffenbach wird aus den Gründen des nachstehenden Bescheides eingestellt.
- 2.) Schreiben: - in 3 Stücken - : Einschreiben mit Rückschein -

Herrn
Helmut A n d r e s
Halle/Saale
Hafenstr. 44

Sehr geehrter Herr Andres!

Auf Ihre Strafanzeige vom 12. Oktober 1965 gegen Wilhelm Weiffenbach, geboren am 3. November 1905 in Kassel, und auf Ihre an das Bayerische Staatsministerium der Justiz gerichtete ergänzende Eingabe vom 22. Februar 1966:

Die Ermittlungen haben keinen Anlaß ergeben, gegen den Beschuldigten die öffentliche Klage ^{wegen} seiner Teilnahme am Mord im Rahmen der "Endlösung der Judenfrage" zu erheben.

Nach den überprüften amtlichen Unterlagen hat ein Wilhelm Weiffenbach weder dem Reichssicherheitshauptamt noch der für die Zusammenstellung der Berliner und Potsdamer Deportationstransporte zuständigen Staatspolizeileitstelle Berlin angehört.

Es ist auch kein Anhalt dafür vorhanden, daß der von Ihnen Beschuldigte von anderer Seite für die Erfassung jüdischer Bürger - einschließlich der von Ihnen genannten Angehörigen - zum Zwecke ihres Abtransportes abgestellt worden wäre. Ganz abgesehen davon, daß er nach seiner, mit der im Berlin Dokument Center verwahrten SS-Stammkarte übereinstimmenden Einlassung, nicht SS-Obersturmführer, sondern SS-Bewerber gewesen ist, und als solcher lediglich im Herbst 1941 eine mehrwöchige ^{Gründwehr-} gründliche Ausbildung bei der Waffen-SS erfahren hat, läßt die von ihm während der Kriegsjahre ausgeübte nachprüfbare Tätigkeit als

14

zivilen Betriebsprüfer des Wirtschafts- und Verwaltungshauptamtes ~~in~~ der SS, als Geschäftsführer der Sudeten-Quell-GmbH., als Vorstandsmitglied ~~in~~ der Heinrich-Matony AG in Gießhübel und als Einkäufer von ausländischen Traubenkonzentraten für Lazarettzwecke keinen Raum für die Annahme, daß er sich in der von Ihnen behaupteten Art und Weise betätigt haben könnte.

Auch daß der Beschuldigte - wie nach den Meldeunterlagen feststeht - am 1. April 1943 die Wohnung Berlin-Wilmersdorf, Darmstädter Str. 2, bezogen hat, die zuvor von Ihren Angehörigen bewohnt gewesen sein soll, reicht als Belastungstat-
sache nicht aus, zumal da zwischen der Deportation Ihrer Angehörigen und dem Bezuge der Wohnung durch den Beschuldigten ein Zeitraum von mehr als einem halben Jahr liegt. In diesem Zusammenhang ist im übrigen zu bemerken, daß der Beschuldigte, dessen Familie aus Luftschutzgründen bereits am 4. August 1943 aus Berlin evakuiert worden ist, für die Wohnung in Berlin-Wilmersdorf, Darmstädter Str. 2, nur bis zu einem nicht mehr feststellbaren Zeitpunkt v o r dem 8. Mai 1945 gemeldet war und daß er nach Kriegsende nicht mehr nach Berlin zurückgekehrt ist.

Ich habe nach alledem das Ermittlungsverfahren, das sich aus Gründen der Strafverfolgung^{verjähr}serhebung ohnehin nur noch auf den Tatbestand einer etwaigen Teilnahme am Mord erstrecken konnte, eingestellt.

Gegen diesen Bescheid können Sie binnen einem Monat nach Zugang gerichtliche Entscheidung insoweit beantragen, ^{als} falls als Strafbestand die Ermordung Ihres Vaters Salomon P f e i f e l in Betracht kommt. Der Antrag auf gerichtliche Entscheidung muß die Tatsachen, welche die Erhebung der öffentlichen Klage begründen sollen, und die Beweismittel angeben. Er muß von einem Rechtsanwalt unterzeichnet sein und ist bei dem Strafsenat des Kammergerichts in ^{an} Berlin 19, Witzlebenstr. 4 - 5, einzureichen. Für das Armenrecht gelten dieselben Vorschriften wie in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten.

Hochachtungsvoll

- 3.) Herrn Leiter der Arbeitsgruppe mit der Bitte um Zeichnung zu Ziffer 1) und 2) dieser Verfügung.
- 4.) Am ^{10.} 15. September 1967 (Klage-Erzwingungsantrag eingegangen? Ansonsten Einstellungsnachricht an den Beschuldigten und das Bayerische Staatsministerium der Justiz sowie Bericht).

Berlin, den 6. Juli 1967

Klingberg
Erster Staatsanwalt

Vfg.

- ✓
1. Zu schreiben (unter Beifügung von 11 Schriftstücken):

Herrn
Wilhelm Weiffenbach

35 K a s s e l
Huttenstraße 5

Sehr geehrter Herr Weiffenbach!

Durch Verfügung vom 6. September 1967 habe ich das gegen Sie anhängig gewesene Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Teilnahme am Mord im Rahmen der "Endlösung der Judenfrage", in dem Sie am 25. Januar 1967 verantwortlich vernommen worden sind, gemäß § 170 Absatz 2 StPO eingestellt.

Die anlässlich Ihrer verantwortlichen Vernehmung zu den Akten gereichten Unterlagen füge ich zu meiner Entlastung wieder bei.

Hochachtungsvoll

✓
2. Zu schreiben:

An die
Herren Rechtsanwälte
Dr. jur. Walter Isele
und Adolf Kilian

35 K a s s e l
Wilhelmshöher Allee 1

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Wilhelm WEIFFENBACH
wegen des Verdachts der Teilnahme am Mord im
Rahmen der "Endlösung der Judenfrage"

Sehr geehrte Herren Rechtsanwälte!

Durch Verfügung vom 6. September 1967 habe ich das
gegen Ihren Mandanten anhängig gewesene Ermittlungs-
verfahren, in dem dieser am 25. Januar 1967 verant-
wortlich vernommen worden ist, gemäß § 170 Abs. 2 StPO
eingestellt.

Die seinerzeit zu den Akten gereichten Unterlagen hat
Ihr Mandant unmittelbar zurückerhalten.

Hochachtungsvoll

- ✓
3. Zu schreiben (unter Beifügung einer Abschrift des Einstellungsbescheides vom 6. September 1967):

An das
Bayerische Staatsministerium
der Justiz

8 M ü n c h e n 35
Justizpalast

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Wilhelm WEIFFENBACH,
geboren am 3. November 1905 in Kassel,
wohnhaft in Kassel, Huttenstraße 5,
wegen angeblicher Beteiligung an der "Endlösung
der Judenfrage"

Bezug: Ihre an die Zentrale Stelle der Landesjustiz-
verwaltungen in Ludwigsburg gerichteten Schreiben
vom 28. Oktober 1965 und 1. März 1966
- II - 3480/65 -

Anlage: 1 Schriftstück

Durch Verfügung vom 6. September 1967 habe ich das gegen
den Beschuldigten anhängig gewesene Ermittlungsverfahren
gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt.

Die Gründe für die Einstellung bitte ich aus dem abschrift-
lich beigefügten Einstellungsbescheid ansehen zu wollen.

19

4. Zu schreiben (unter Beifügung einer Abschrift des Einstellungsbescheides vom 6. September 1967):

An die
Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen

714 L u d w i g s b u r g
Schorndorfer Str. 58

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Wilhelm WEIFFENBACH,
geboren am 3. November 1905 in Kassel,
wohnhaft in Kassel, Huttenstraße 5,
wegen angeblicher Beteiligung an der "Endlösung
der Judenfrage"

Bezug: Abgabeverfügung vom 17. Oktober 1966
- 415 AR 3290/65 -

Anlage: 1 Schriftstück

Durch Verfügung vom 6. September 1967 habe ich das gegen
den Beschuldigten anhängig gewesene Ermittlungsverfahren
gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt.

Die Gründe für die Einstellung bitte ich aus dem abschrift-
lich beigefügten Einstellungsbescheid vom 6. September 1967
ersehen zu wollen.

5. Weitere Vfg. in den HA.

Berlin, den 8. November 1967

Klingberg
Erster Staatsanwalt

gef. 10.11.67 Sch
Zu 1)-4) jew. 1 Schrb.

Sch

Vfg.

- ✓ 1. ✓ Zu berichten (3 x schreiben - einschließlich der Leseschrift für die Handakten und einer Durchschrift für die Handakten 1 AR 123/63 -)

An den
Senator für Justiz

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Wilhelm WEIFFENBACH,
geboren am 3. November 1905 in Kassel,
wohnhaft in Kassel, Huttenstraße 5,
wegen angeblicher Beteiligung an der "Endlösung
der Judenfrage"

Ohne Anordnung, *gemäß zu 4110 E - IV/A. 67/63*

Berichtsverfasser: Erster Staatsanwalt K l i n g b e r g

Durch Verfügung vom 11. November 1966 habe ich das vorbezeichnete, von der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg hierher abgegebene Ermittlungsverfahren übernommen.

Da die Ermittlungen keinen Anhalt für eine Zugehörigkeit des Beschuldigten zum Reichssicherheitshauptamt (RSHA) und für seine Beteiligung an der Deportation von Juden ergeben haben, habe ich das Ermittlungsverfahren am 6. September 1967 gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt.

Berlin, den *14.* November 1967



im 1. ab 17. NOV. 1967

✓ 2. Herrn Leiter der Arbeitsgruppe
zur Gegenzeichnung.

✓ 3. Herrn Chefvertreter
zur Gegenzeichnung.

✓ 4. Herrn Chef
mit der Bitte um Zeichnung.

5. Diese Vfg. z.d.HA.

Berlin, den 8. November 1967

Sch

15. Nov. 1967

290

1 Js 4/66 (RSHA)

An den
Senator für Justiz

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Wilhelm WEIFFENBACH,
geboren am 3. November 1905 in Kassel,
wohnhaft in Kassel, Huttenstraße 5,
wegen angeblicher Beteiligung an der
"Endlösung der Judenfrage"

Ohne Anordnung, jedoch zu 4110 E - IV/A 67/63

Berichtsverfasser: Erster Staatsanwalt Klingberg

Durch Verfügung vom 11. November 1966 habe ich das vor-
bezeichnete, von der Zentralen Stelle der Landesjustiz-
verwaltungen in Ludwigsburg hierher abgegebene Ermittlungs-
verfahren übernommen.

Da die Ermittlungen keinen Anhalt für eine Zugehörigkeit
des Beschuldigten zum Reichssicherheitshauptamt (RSHA)
und für seine Beteiligung an der Deportation von Juden
ergeben haben, habe ich das Ermittlungsverfahren am
6. September 1967 gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt.

G ü n t h e r

25. Jan. 1967

Gegenwärtig:

Antsgerichtsrat **Kersting**
als Richter,

Justizangestellter **Engel**
als Urkundsbeanter der Ge-
schäftsstelle

In der Ermittlungssache

g e g e n **Wilhelm Weiffenbach**

w e g e n **Mordes**

erschien auf Ladung vorgeführt d **er** Beschuldigte.

Es wurde ihm eröffnet, welche strafbare Handlung ihm zur Last gelegt wird und welche Strafvorschriften in Betracht kommen. D **er** Beschuldigte wurde darauf hingewiesen, daß es ihm nach dem Gesetz freistehe, sich zu der Beschuldigung zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen. Er wurde weiterhin darauf hingewiesen, daß er sie schon vor seiner Vernehmung berechtigt ist, einen von ihm ihr zu wählenden Verteidiger zu befragen und daß er sie sich in geeigneten Fällen auch schriftlich äußern dürfe.

D **er** Beschuldigte wurde wie folgt vernommen:

Z.F.: Ich heiße : Wilhelm Weiffenbach, geb. am 3.11.1905 in Kassel, wohnhaft in Kassel, Huttenstr. 5, verh.
Frau: Irmgard W. geb. Berge, 3 Kinder (26, 18 u. 14 J.)
Eltern: Hch. Weiffenbach u. Marie W. geb. Sälzer.
Beruf: Dipl.Kaufmann z.Zt. Montageleiter bei der Fa. Mauerlunge in Düsseldorf, Charlottenstr. 87
Einkommen: netto ca. 3000 DM. nicht vorbestraft.

Der Inhalt des gegen mich erhobenen Vorwurfs ist mir bekannt. Ich habe mich hierzu in einer diesem Protokoll beigefügten Stellungnahme vom 24.1.67 schriftlich geäußert. Die in dieser Äußerung enthaltenen Angaben, die mir noch einmal wöblich vorgelesen worden sind, sind zutreffend. Ich mache sie deshalb nach Wortlaut und Inhalt zum Gegenstand meiner jetzigen richterlichen Vernehmung und erkläre noch einmal ausdrücklich, daß ich die von dem Anzeigeerstatter Andres gegen mich erhobenen Vorwürfe entschieden zurückweise.

l.d. u. geh.

